

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abohmenpreis zu der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kunst
seine der Brauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerohn monatlich 80 Pf.
Durch die Post bezogen vierjährig. Nr. 2.76, unser Kreisband für Deutschland und
Österreich-Ungarn Nr. 5 — Erreicht täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expeditio: Gr. Zwingerstraße 14 Tel. 1769.
Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Abgaben werden die eingeholten Zeitungen zu 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Bereitsangeboten 25 Pf. Abreise müssen
bis spätestens 10 Uhr tritt in der Exposition abgegeben sein und sind im
Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 81.

Dresden, Dienstag den 9. April 1912.

23. Jahrg.

Das Ende des englischen Bergarbeiterstreiks.

L. K. London, 7. April.

Der gewaltigste wirtschaftliche Kampf des modernen Proletariats, den die Welt bisher gesehen hat, ist zu Ende. Einig und geschlossen, wie der Kampf begonnen und nahezu sechs Wochen fortgeführt wurde, ist er auch abgeschlossen worden. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes von Großbritannien ist zu dem Beschluss gekommen, daß die Mehrheit, die die Urabstimmung der Streikenden zugunsten der Fortsetzung des Kampfes getragen, nicht überwältigend genug ist, um die Weiterführung des Streiks zu rechtfertigen, und die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter hat gestern nach einer sehr lebhaften Debatte dieser Aussicht mit 440 000 gegen 125 000 Stimmen beigeplätschert. Gleichzeitig wurde die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit in allen Betrieben angeordnet. In manchen Revieren, wo eine große Mehrheit die Fortsetzung des Kampfes verlangte, wird diese Entscheidung gewiß nicht mit besonderer Genugtuung aufgenommen werden, aber es kann nicht bestweifelt werden, daß die glänzende Disziplin, die den ganzen Kampf kennzeichnete, sich auch in dem abschließenden Stadium im ganzen Reich bewahren wird. Hier mag auch bemerkt werden, daß das Geschick der bürgerlichen Presse, daß der Streik in letzter Zeit ohnehin schon abzubrechen begonnen habe, eben nichts als leeres Geschwätz ist. Sie selber konnte trotz bestem Willens nicht mehr als 30 000 bis 50 000 arbeitende Bergleute zusammenrechnen. Das wären also 2½ bis 4% Prozent der Streikenden in einem Lande mit zwei Dutzend großen Kohlenrevieren noch schwindligem Kampf. Wahrlieb, ein armeloser Trost! Und dazu kommt noch, daß die meisten dieser Arbeitenden auch nur deshalb in die Straße gefahren sind, weil sie die amtliche Anordnung der Wiederaufnahme für nahe bevorstehend hielten, aber ohne Vorstellung die Arbeit wieder niederlegen hätten, wenn die Fortsetzung die Fortführung des Kampfes beschlossen hätte.

Der Vorstand und die Delegiertenkonferenz haben sich eine sehr weitgehende Befugnis eingeräumt, indem sie ohne jede statutarische Bestimmung und erst nachträglich entschieden, daß die Fortsetzung des Streiks eine Zweidrittelmehrheit erfordere. Die Gültigkeit dieses Vorgehens wurde in der größten Delegiertenkonferenz von verschiedenen Seiten seitens meist bestritten, und zwar nicht nur von Delegierten solcher Reviere, die für die Fortsetzung des Kampfes gestimmt haben. Es ist aber klar, daß die Mehrheit der Konferenz, wie des Vorstandes nur nach einer Form suchten, um den Streik "verhältnismäßig" abbrechen zu können, nachdem sie zu der Überzeugung gelangt waren, daß mit der Fortsetzung des Kampfes nicht mehr viel zu gewinnen wäre, aber manches auf Spiel

gesetzt wurde. Dieser Ansicht werden wohl die meisten gutunterrichteten Beobachter zustimmen müssen. Es handelt sich bei der letzten Entscheidung nur darum, ob die Arbeiter sofort zur Arbeit zurückkehren oder erst die Fortsetzung der gesetzlichen Minimallöhne durch die Distrikteinsigungsämter abwarten sollen. Bei dieser Fragestellung hätte ein weiteres Auskochen im Streit nur den Zweck gehabt, einen Druck auf die Eingangsämter auszuüben, damit sie die Löhne möglichst hoch festlegen. Es ist aber sehr möglich, ob die Eingangsämter einem solchen Druck sehr zugänglich wären, zumal die legale Entscheidung bei dem "unparteiischen" Vorstand liegt, der doch zumindest den Schein wahren muß, nicht nach Abgabede des Drucks, den die eine oder die andere Partei auszuüben vermögt, sondern aus rein "objektiven" Erwägungen seine Entscheidung zu treffen. Unter solchen Umständen hätte die Fortsetzung des Streiks leicht die Folge haben können, die Eingangsverhandlungen in die Länge zu ziehen.

Die Abstimmung mit ihren 244 011 Stimmen für und 201 013 Stimmen gegen die Fortsetzung des Streiks hat aber für alle Hölle recht deutlich gezeigt, daß die Massen selber das treibende Element in dem Kampfe waren und bleiben. Zur größten Verwirrung der bürgerlichen Presse hat es gerade an dem als so "taufzugig" und "verhegzend" versprochenen Südwales angedeutet, daß eine Zweidrittelmehrheit für die Fortsetzung des Kampfes nicht aufzutreten gekommen ist, während die "vernünftigen" und "bedächtigen" Nordländer mit ihren wohlgefälligen Massen durchweg für die Fortsetzung des Streiks gestimmt haben. Die Erklärung für den Stimmenausfall in Wales liegt hauptsächlich darin, daß die Waliser von den englischen ebenfalls eine Mehrheit für den Frieden erwarteten, und um die Einmündigkeit zwischen den verschiedenen Districten zu sichern, dieser Verhextung keine neue Rührung liefern wollten. Die südwalesischen Delegierten sind überzeugt, daß die überwältigende Mehrheit ihrer Landsleute für die Fortsetzung des Kampfes gestimmt haben würde, wenn sie erwartet hätte, daß die englischen Reviere ebenfalls so fest stehen würden. In Südwales kam aber ohne Zweifel auch in Betracht, daß die Organisation finanziell völlig erschöpft ist und mit einer ganz besonders mächtigen und hartnäckigen Unternehmensmacht zu rechnen hat.

Der Kampf hat den Arbeitern nicht aber doch noch nicht alles gebracht, und deshalb werden er unternommen worden ist, aber er bleibt trotzdem nicht nur der größte, sondern auch einer der erfolgreichsten Arbeiterkämpfe. Die Bergarbeiter haben ein langes feindlich geschnittenes Parlament gezwungen, in einer einzigen Woche eine gesetzgeberische und sozialpolitische Revolution zu vollziehen: Der gesetzliche Minimallohn ist erreungen. Nur weil diese Errungenschaft allein die Arbeiter nicht befriedigte und sie sich durch alle Mittel des Staates um die Hälfte ihres Sieges betrogen fühlten, waren sie ent-

schlossen, den Heldenkampf weiter zu führen, bis sie die geforderten Minimallöhne bis zum legitimen Penny schwarz auf welch sicher gehabt hätten. Die Forderungen bleibten aber in allen Einzelheiten weiter bestehen, und es ist ganz sicher, daß das Land nicht zur Ruhe kommen wird, bis sie erfüllt sind. Das nächste Wort haben jetzt die Distrikteinsigungsämter. Die Arbeiter werden in diesen Einigungsconferenzen mit demselben Eifer und Geschick um die aufgestellte Minimallohnliste kämpfen, wie sie es während des Streiks getan haben. Und wenn sie hintergangen werden sollen, wenn die festzusetzenden Minimallöhne erheblich unter die geforderte Rate sinken sollten, dann würde damit nur gewonnen, daß dem ohnehin schon auf sehr morosen Füßen stehenden Schiedssgerichtsrat ein der leichte Stoß gegeben würde. Sowie die Minimallöhne in allen Districten festgesetzt sein werden, wird eine neue Konferenz der Bergarbeiter zusammentreten, um zu ihrer Stellung zu nehmen, und da wird sich das weitere zeigen.

Der kroatische Staatsstreich.

th. Wien, 7. April.

Die offizielle Wiener Phrasologie, die bombastischer und serviler als irgendwelche die Vorzüge des Kaiser und seiner Familie preist, pflegt als ein ständiges Schmucktheater der Regierung Franz Josephs die Verhöhnungstreue deizulegen. Und der Kaiser selbst rühmt sich im gleichen Tone in jenem Handschreiben an Khuen, daß am Sonntag veröffentlicht wurde. Es wäre nicht schwer, dem gegenüber dergut, daß Verhöhnungstrühe unter keiner Regierung eines europäischen Herrschers sich in dem Maße häufen als unter dieser. Aber wozu die Verhöhnung? Stellt doch jetzt jedem die Tat vor Augen, wie es in Wahrheit um den konstitutionellen Sinn des alten Herrschers beschaffen ist. An demselben 31. März, an dem das Handschreiben an Khuen herausging, unterzeichnet Franz Joseph ein zweites Handschreiben, das Mittwoch abend veröffentlicht wurde und das, gerichtet an den Banus von Kroatien, also lautet: "Lieber v. Cuvaj. Auf Vorschlag meines ungarnischen Ministerpräsidenten ernenne ich Sie hiermit zu meinem Königlichen Kommissar in den Königreichen Kroatien und Slavonien." Was soll dieser sonderbare Titel "Königlichen Kommissar"? Nicht mehr und nicht minder bedeutet er als die Einführung einer polizeilich-juristischen Diktatur. In einer Proklamation gibt Cuvaj selbst als Zeuge seiner Ernennung zum Kommissar dieses an: "Da infolge dieser allerdanktigsten Ernennung naturngemäß jede Tätigkeit unseres autonomen, geistigen Körpers eingestellt ist, werden hiermit auch alle Vorarbeiten bezüglich der Wahlen des Volksvertreters unterbrochen und eingestellt."

Also "naturngemäß" wird der Bandtag bis auf weiteres in den Winter gestellt, und Herr Cuvaj trägt, die volle und uneingeschränkte

Hermann Greulich.

Bu seinem siebzigsten Geburtstag.

Hermann Greulich wurde am 9. April 1842 zu Breslau in dem alten, berühmten Hause zur Krone am Ring geboren. Sein Vater war seines Zeichens Buchdrucker und Buchhändler. Die Kindheit des kleinen Greulich in Breslau, wo er acht Jahre als Kindermädchen die Elementarschule besuchte. Im Jahre 1857 kam er zu einem Buchdrucker in die Lehre. Nach fünf Jahren ward er, wie er selbst erzählt, zu verschwiebener Buchbindergesell freigekommen und hatte noch ein Buchdrucklein des Obermeisters über sein Gesellenstück abzulegen.

Man ging's auf die Wanderschaft. Am 8. September 1852 gaben etwa vierzig Männer und Frauen gemäß alter Sitte dem jungen Gesellen das Geleit zum Schweizerischen Tor hinaus die Kleinburg, und dann ging's allein in die weite Welt hinaus. Im Habschland erhielt er die erste Arbeit. Aber im März 1853 hielt es ihm nicht länger und er zog weiter nach Wöhren und Mährern, nach Wien — dann über den Semmering nach Graz, zurück durchs Alpengebiet nach Linz, Salzburg und Innsbruck, wo sich endlich für drei Wochen Arbeit fand. Nachher führte ihn der Weg durchs bayerische Hochgebirge nach München, Augsburg, Ulm. In Neu-Ulm stand er dann über zwei Jahre in Arbeit. Hier trat Greulich auch in die Arbeiterbewegung ein, in der er zur Gewerkschaft Gemäßiges getreten hat. Die Tagwacht war ein ausgezeichnet geschriebenes Organ und sogar liberale Professoren wie Berghoff-Jung müssen anerkennen, daß sie heute noch lesenswerte Arbeiten enthalten.

Im Jahre 1858 ging der alte schweizerische Arbeiterbund ein und an seine Stelle traten der Gewerkschaftsbund und die sozialdemokratische Partei. Die Tagwacht wuchs der Arbeiterstimme, deren Bedeutung in andere Hände überging. Die Jahre 1858 bis 1864 waren für den kleinen Greulich schwere Zeiten ohne sicheren Erwerb, und es darf nicht vergessen werden, daß seine Lebensgefährtin, die er sich 1866 erworben, ihm in diesen bittersten Zeiten treu zur Seite stand.

Mit diesen Zellen leitete Greulich seine neue Tätigkeit ein, in der er zur Gewerkschaft Gemäßiges getreten hat. Die Tagwacht war ein ausgezeichnet geschriebenes Organ und sogar liberale Professoren wie Berghoff-Jung müssen anerkennen, daß sie heute noch lesenwerte Arbeiten enthalten.

Im Jahre 1864 ging der alte schweizerische Arbeiterbund ein und an seine Stelle traten der Gewerkschaftsbund und die sozialdemokratische Partei. Die Tagwacht wuchs der Arbeiterstimme, deren Bedeutung in andere Hände überging. Die Jahre 1858 bis 1864 waren für den kleinen Greulich schwere Zeiten ohne sicheren Erwerb, und es darf nicht vergessen werden, daß seine Lebensgefährtin, die er sich 1866 erworben, ihm in diesen bittersten Zeiten treu zur Seite stand.

Im Jahre 1864 wurde Greulich Chef des Statistischen Büros des Kantons Zürich, nachdem er vorher einige bedeutende statistische Arbeiten mit Bravour durchgeführt hatte. Reden der Zeitung des Statistischen Büros stand er auch einem zahlreich besuchten statistischen Seminar vor.

Ein neuer Lebensabschnitt beginnt für Greulich im Jahre 1867, wo er am 1. Juni die neugegründete Stelle eines schweizerischen Arbeitersekretärs übernimmt, an der er nun fünfzehnmonatig Jahre willt. Es ist schlechtlich unmöglich, in einem kurzen Gedanken darüber, was er in diesem Vierteljahrhundert für die Organisation der Arbeiterchaft und für die Fortschritte der sozialen Bewegung getan hat. Sein Gewerkschaftsbund der Schweiz erhielt, dessen Gründung oder Stärke nicht mit dem Namen Greulich verbunden ist. Um die Neugründung des Gewerkschaftsbunds darf er ganz besondere Verdienste. Greulichs Lebensgeschichte schreibt die Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung darstellen. Unermüdlich war und ist Greulich in der Agitation. Jeder Sonntag findet ihn legendär auf dem Lande oder in der Stadt als Referent in einer Arbeiterveranstaltung, und wenige Werkstage sind, die nicht mit dem Besuch einer Sitzung oder einer Versammlung abschließen.

In den geschilderten Verhältnissen hat Greulich für die Arbeiterchaft großes geleistet. Speziell die schweizerische Arbeiterchaft kann

sich beglückwünschen, ihn als Parlamentarier seit 1860 im Kantonsrat und seit 1862 im Stadtrat als Vertreter zu besitzen. Im Nationalrat vertritt Greulich seit 1902 mit Unterbrechung von 1906 bis 1908 die schweizerische Arbeiterchaft. Es mag dem alten Kämpfen eine besondere Genugtuung sein, Chef der sozialdemokratischen Fraktion zu sein, die durch ihr unerschrockenes Auftreten sich im Volle großer Anerkennung erworben hat.

Greulichs wissenschaftliche Leistungen dürfen nicht unerwähnt bleiben. In Ludwig Richters Jahrbuch 1879 erschien eine drei Bogen starke sehr interessante Arbeit: "Die Theorien der Anarchie, 1880 die sehr instruktive und klare Abhandlung über Karl Kautz, ein Vieldenkender, der Greulich (war zu Unrecht) den Ranten des legendären Phalanxianers eingebracht hat. Die Bearbeitung der Gewerkschaft für Stadt und Kanton Zürich vom Jahre 1880 ist sein Werk. Als Kantonsstatthalter gehaltene er die schweizerische Landwirtschaftsstatistik und jene über die Bevölkerung vollständig und schön aus dem früheren Tabuobohu eine brauchbare Finanzstatistik. Von den Arbeiten, die er als schweizerischer Arbeitersekretär veröffentlicht, sei in erster Linie die Unfallstatistik erwähnt, die gerade eine glänzende Leistung ist und den Besitz aller Sachkenntnisse gefunden hat. Der Bericht an das Industriedepartement über Arbeitslosigkeit und Arbeitsnachfrage ist ein unentbehrliches Kompendium für jeden, der sich mit diesen Fragen beschäftigen will. In den "Handlungen" hat Greulich die Entwicklung der schweizerischen Volkswirtschaft in den letzten fünfzig Jahren in großzügiger Weise beleuchtet. Eine ganze Reihe kleinerer Schriften sind aus seiner Feder erschienen, von denen namentlich jene über die materialistische Geschichtsauffassung eine große Verbreitung gefunden haben. Greulich schreibt plausibel, ohne Überspannung, jede Behauptung wenn immer möglich mit Zahlen belegend, für die er man möchte soll sagen, eine Weisheit hat. In früheren Jahren flog auch manch ein Proletarienkampf aus seiner Feder.

Ein reiches Leben voll Tätigkeit, voll Erfahrungen, darunter auch manche Leidvolle, liegt hinter Hermann Greulich dem ehemaligen Buchbindergesellen, der durch seine unermüdliche Selbstbildung, durch den folgsamen Einfluß, den er als glänzender Redner auf die Masse ausübt, zum wichtigsten Führer der schweizerischen Arbeiterchaft geworden ist, die mit Verehrung ihrem Papa Greulich für all das dankt, was er für sie getan hat, und was er in seiner Persönlichkeit, die ihn als Mensch in sympathisch macht, seinen Name gegeben.

Schwarzfeste und Gedungstrafen. Die Germania will erneut haben, daß bei der Regierung schließlich die Absicht besteht, die Gedungstrafen mit der Gedungsvorlage zu einem untenkurbarten Sonnen zu vereinigen. Jede der beiden Vorlagen sieht sie beide zu gleicher Zeit vorgelegt werden.

Demnach würde die Regierung darauf verzichten, beide Vorlagen durch ein Plantegebot zu verbinden, und es kann dann allerdings voneingeschoben werden, die man momentan in der Geheimlichkeit noch nicht kennt. Es ist vielleicht nicht ohne Interesse, zu wissen, daß die Schauspieler der Regierung neuerdings wieder vorgelegt haben, eine Steuer auf alkoholfreie Getränke einzuführen, und zwar wird vorgeschlagen, einen Steuertarif von zwei bis vier Pfennig pro Flasche zu erheben.

Durchdringung. Der Graf Metternich, dessen Prozesse in der letzten Zeit einen Bild in das Treiben der "goldenen" Jugend tun ließen, hat dem Staatsanwalt Porcelli eine Maßforderung beigebracht, sofern der Fall eintrete, daß in die Gedungsvorlage Steuern hineingeschoben werden, die man momentan in der Geheimlichkeit noch nicht kennt. Es ist vielleicht nicht ohne Interesse, zu wissen, daß die Schauspieler der Regierung neuerdings wieder vorgelegt haben, eine Steuer auf alkoholfreie Getränke einzuführen, und zwar wird vorgeschlagen, einen Steuertarif von zwei bis vier Pfennig pro Flasche zu erheben.

Kleine politische Nachrichten. Die Fortschrittliche Volkspartei hat Dr. Weimer als Nachfolger Albert Trägers im zweiten oldenburgischen Wahlkreis (Barel-Jever) als Kandidaten aufgestellt. — Die Nachrichten aus Ungarn laufen andauernd recht ungünstig. Allgemein gilt der Rücktritt des Grafen Khuen-Héderváry als bevorstehend. Im Zusammenhang damit wird weiter berichtet, daß der Kriegsminister K. Altenberg nach den freien Wahlen eine Demission geben wird. — In Südtirol in Spanien kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Partisten und Republikanern, die mit Haken und Säcken aufeinander losgingen. Die Polizei musste wiederholts mit blauer Waffe einschreiten. Eine Person wurde getötet, drei Jahre wurden verletzt, unter ihnen drei Jäger. — Die Kolonne des Generals Díaz hat am 6. April nach einer Meldung aus Madrid einen heftigen Angriff der Einheiten in der Umgebung von Madrid nach dreizehnstündigem Kampf zurückgewiesen und den Feind in die Blüte geschlagen. — Infanterie von Unruhen in Hamadan in Persien ist aus Aspinwin der Salafonofte mit zwei Maschinengewehren abmarschiert. — Nach einer Meldung aus Urga hat der Huimcha die Ausforderung Juanitinis, sich der Republik Chino anzuschließen, abgelehnt und ihm vorgeschlagen, die mongolische Frage den interessierten Wächten zur Beratung und Entscheidung vorzulegen.

Ausland.

England.

Das kommende Parlament von Irland.

London, 7. April. Am Donnerstag wird der Premierminister Neill dem Unterhaus die Home Rule-Bill für Irland vorlegen. Nach der Ansicht John Redmonds wird die Zustimmung der Bill unbedingt für die irändische Bevölkerung aussuchen. Die Bill steht jetzt für die Beratung im Unterhaus fertig. Die Frage, die von Anfang an die meisten Schwierigkeiten bei den Verhandlungen mit den Führern der Nationalisten hat, war die Kontrolle der Zölle und Abgaben gewesen. Diese Schwierigkeit scheint jedoch jetzt überwunden zu sein. Der Manchester Guardian veröffentlicht eine neue Meldung über den Inhalt der Home Rule-Bill, die die große Bedeutung der neuen irändischen Verfassung und nach dieser angehenden liberalen Zeitung folgende: „Das bestätigte irändische Parlament wird sich aus großen Zügen zusammenleben, und zwar wird der Senat das Recht haben, gegen alle Maßnahmen, die vom Unterhaus angenommen wurden, Einspruch zu erheben. Der Senat soll aus 35 bis 45 Mitgliedern bestehen. Irland wird im Parlament wie Minister durch ungefähr 35 Mitglieder (statt bisher 108) vertreten sein. Die Altersverordnung steht unter Reichstagsregierung, ebenso die Regelung für eine Reihe von Jahren, während welcher Zeit ein bestimmter Zuschuß zu den Entschädigungsosten vom Reich bezahlt werden wird. Religionsfreiheit wird gewährt, und sein Belehrungsziel ist betont worden. Die irändische Regierung hat keine Kontrolle über die Flotte, das Heer oder die auswärtige Politik. Die Exekutive der Reichsregierung wird besonders erweitert und verstärkt. Zölle und Abgaben verbleiben unter Kontrolle der Reichsregierung, das irändische Parlament erhält jedoch die Befugnis, gewisse Abgaben je nach den besonderen Bedürfnissen Irlands abzuändern. Über die Frage der Zölle und Abgaben selbst äußert sich die Zeitung wie folgt: „Der Bill wird höchstens dieser Frage ein Kompromiß enthalten. Die Zölle und Abgaben werden von der Reichsregierung eingezogen, aber das irändische Parlament wird die Macht erhalten, über die Steuergesetze zu beraten und Änderungen zu empfehlen. Die Reichsregierung wiederum wird das Recht haben, ihre Einwilligung zu irgend einem Abänderungsverschluß des irändischen Parlaments zu verweigern, wenn sie dies als dem Interesse des Reiches widersprüche.“ Hierzu entstehend wird dem irändischen Parlament noch besonders das Recht abgesprochen, eine Steuer auf britische Waren zum Beispiel zu erheben.“

Frankreich.

Das französische Proletariat in Marocco.

Paris, 6. April. Die französische Regierung hat sich plausibel entzlossen, das Ende der spanisch-französischen Maroccobesiedlungen nicht mehr abzuwarten, sondern das französische Protektorat im Lande des schwarzen Sultans einzurichten, auch auf die Gefahr hin, daß dadurch neue Konflikte mit Spanien entstehen. Offiziell ist der Vertrag, in dem das Protektorat festgelegt ist, am 20. März unterzeichnet worden, kurz nach dem Eingang des französischen Generalen Regnault in Algier. Einige Tage vorher hatte sich das Gericht beschreit, daß der Sultan abdanken wolle, um sich der neuen Oberhoheit nicht fügen zu müssen. Die größten Komplikationen hätten sich daraus ergeben können, und es lag ganz im Interesse nicht nur des Friedens, sondern vor allem des Großkapitals, die jetzt ein möglichst ruhiges Marocco brauchen, um ihre preisgelegten Geschäftspläne dort ausführen zu können, den Sultan, wenigstens offiziell, am Aduer zu erhalten. Es scheint, daß Herr Regnault, der als moderner Diplomat nicht mit der Regierung vertritt, sondern auch bekannte große Kapitalistengruppen, dem Sultan genug für seinen persönlichen Haushalt versprochen hat, um ihm im letzten Augenblick zu bewegen, seinem Volk seine Zusage zur Rebellion zu geben durch eine unzeitgemäße Abdankung. Das französische Recht wollte, hat es also jetzt erreicht. Der Vertrag vom 20. März bringt Marocco in daselbe Verhältnis zu Frankreich, in dem sich etwa Tunis befindet. Die Formulierung des Vertrags kündigt die Rolle des deutsch-französischen Maroccolo-Albionkonsenses, im Artikel 1 steht z. B. nicht zu lesen, daß der Sultan die von Frankreich geforderten Reformen durchzuführen wird, sondern, daß beide Regierungen einig sind zur Einführung eines neuen Regimes in Marocco. In dem Artikel 2 steht der Sultan gegenüber dem Reich, maroccansches Territorium militärisch zu befreien. Die vorläufige Besetzung des Sultans ist notwendig, also nicht seine Zustimmung. Die Artikel 3 und 4 gewähren dem Sultan die sogenannten „Glorianien“. Die Artikel 5 und 6 legen das Kontingent des französischen Generalstaates fest, der einzige und allein im Namen des Sultans mit den Vertretern der freien Rücksichten bedacht an unsere Vertretung in der Duma gefandt. Einen Begriff von dem Umfang dieser Bewegung geben fol-

verhandeln wird. Der Sultan verpflichtet sich, keinerlei Vertrag, der irgendwie einen internationalen Charakter hat, abzuschließen, ohne die vorherige Zustimmung der französischen Regierung. Der Artikel 7 bestimmt die Reorganisation der Finanzverwaltung, und der Artikel 8, der dem Sultan verbietet, Anteilen auszunehmen oder Stolzessionen zu gewähren, ohne von der französischen Regierung dazu ermächtigt worden zu sein, bildet den symbolischen Abschluß dieses Traktats eines modernen, finanzoligarchistischen Groß-

politik.

Wie wir Sozialisten diejenigen waren, die am schärfsten gegen jeden kriegerischen Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich protestierten während der Maroccokriege, so sagen wir auch heute, daß es nun die Pflicht der deutschen Regierung ist, der französischen Regierung nicht die geringsten Schwierigkeiten zu machen bei der Verwirklichung des Protektorats. Die französischen Sozialisten, in deren Namen Jaurès seit Jahren gegen eine antideutsche Maroccopolitik kämpfte, werden jetzt nochmals das Verhältnis des nordafrikanischen Sultanats und des deutzen Republics in ein neues Stadium getreten ist, darüber machen, daß weder im Innern Maroccos, als Folge der kapitalistischen Ausbeutung, noch in Europa, als Folge des Konkurrenzkampfes der verschiedenen nationalen Kapitalistengruppen, Konfliktscheide entstehen können, ohne von ihnen sofort denunziert zu werden.

Beendigung der französisch-spanischen Verhandlungen.

Madrid, 8. April. Ministerpräsident Canalejas teilte im gesetzlichen Ministerrat mit, die Antwort Frankreichs werde Donnerstag noch der Rückkehr des Botschafters Geoffroy der Regierung übermittelt werden. Die Regierung hoffe, daß die Verhandlungen bis Ende dieses Monats noch vor dem Zusammentreffen der Cortes zum Abschluß gelangen werden.

Amerika.

Niederlagen der Regierungstruppen in Mexiko.

Neapel, 6. April. Die Rebellen haben die Eisenbahngleise zwischen Querétaro und El Pato mit Dynamit gesprengt und Pueblo, das bisher von den Bundesstreitkräften erfolgreich verteidigt wurde, erobert. Dabei haben sie ein großes Geschütz niedergenommen, das die Truppen Robertos dem Rebellengeneral in einem siegreichen Kampf tags vorher abgejagt hatten. Ferner haben sie ein Maschinengewehr erbeutet. Ocoyoacac, der sich nunmehr zwischen zwei Abteilungen von Regierungstruppen befindet, muß den Angriff auf Torreón aufgeben und eine Verteidigungsstellung in den Bergen einnnehmen. Die Regierungstruppen haben Verstärkungen erhalten. Die Bundesstreitkräfte unter Villa sagen sich nach der Stadt Papimi zurück. Briefe aus Mexico bezeichnen die Lage als verzweifelt. Viele Amerikaner stehen vollkommen mittellos nach Veratua.

Die russischen Arbeiter und die Politik.

rb. Petersburg, 4. April.

Nichts charakterisiert so sehr die Überwindung der politischen Depression der letzten Jahre und den Aufstieg der russischen Arbeitersklasse wie die zunehmende Intensität und Geschlossenheit, mit der das Proletariat Auflands auf die Ereignisse der Politik zu reagieren beginnt. Noch vor kurzem durch die vereinigten Angriffe der Galgentregierung und des Kapitals aus den eroberten Positionen gedrängt, der sicherten Geschlossenheit beraubt und zu einer fast völligen politischen Teilnahmefreiheit verurteilt, haben die russischen Arbeiter nun die Mobilisierung ihrer Kräfte begonnen. Das Bild, das sich hier bietet, übertrifft durch die Feigheit und Mannigfaltigkeit des politischen Erwachens der breiten Massen der Arbeiter. Es erweist sich, daß die Saat der Revolution durch die Gewalt der Reaction nicht vernichtet werden ist und daß die Jahre der Reaction zugleich Jahre der Verteilung und Ausbreitung der proletarischen Gedanken gewesen sind. Die Hoffnung der Galgenpolitischer, die russische Arbeitersklasse vom politischen Kampfspiel zu vertreiben und sie unter das Hoch einer unerhörten Depression zu zwingen, hat sich ebenso wiegerlich erwiesen wie die revolutionäre Illusion, ein 150-Millionenbol mit Feldgerichten und Ausnahmeregessen regieren zu können. Das Gebäude des durch Astro und Aspukin repräsentierten Regierungssystems bricht in allen Etagen, während die Arbeitermassen, deren Avantgarde sich auch in den sotschardischen Reaktionssäulen nicht vom politischen Kampfspiel verdrängen, mit erneuter Energie in Aktion treten und darauf bremsen, ihren politischen und wirtschaftlichen Forderungen Geltung zu verschaffen.

Die primitiven Zustände der vorrevolutionären Epoche gaben der Arbeitersklasse vorzugsweise zwei Kampfmittel in die Hand: die Demonstration und den Streik. Die viel komplizierteren Verhältnisse der Gegenwart geben den Arbeitern, deren noch dieselben Aufgaben wie vor der Revolution harren, einen größeren Spielraum. Ihre Taktik muß jetzt elastischer, manigfältiger sein und den Verhältnissen der veränderten politischen Situation wie der größeren Schwierigkeit der Aufgaben Rechnung tragen. Einerseits gibt die Duma, mit ihrer tapfer und unermüdlich kämpfenden sozialdemokratischen Fraktion, und die wenn auch minimale Preis-, Vereins- und Versammlungs-freiheit den Arbeitern Waffen in die Hand, die bei kluger Ausnutzung die Mobilisierung der proletarischen Kräfte und ihre politische Aktionsfähigkeit außerordentlich fördern können. Andererseits stehen die Arbeiter einem Feinde gegenüber, dessen Macht und Geschlossenheit riesig gemacht ist. An der Stelle des „homogenen“ Absolutismus der vorrevolutionären Epoche steht nun die Koalition der Bürokratie, des Zentrums und des Großkapitals, die in der Staatsrätezumme eine gemeinsame Vertretung ihrer Interessen gefunden haben. Hierzu kommen noch die gewaltig angewachsene Macht des Polizeistaates, die aggressive Politik des großflächig organisierten Unternehmerverbände, die noch nicht verhinderte industrielle Krise, die raffinierte Nationalitätenhege mit ihrem pogromistischen Demagogentum. Es ist klar, daß die Arbeiterorganisationen alle diese Tatsachen in Erwägung ziehen müssen, und das um so mehr, als sie jetzt erst beim Beginn des politischen und wirtschaftlichen Aufstiegs der Arbeitersklasse stehen. Nicht als ob sie die Streiks und die Demonstrationen als politische Kampfmittel verwerten würden. Trotzdem gilt es aber, die zerstreuten Kräfte zu sammeln und die politische Macht des Proletariats durch eine zielbewußte Ausnützung der inneren Widersprüche des halb absoluten Regierungssystems zu konsolidieren.

Unter den Symptomen des politischen Erwachens der russischen Arbeitersklasse stehen nun an erster Stelle die Protestversammlungen in den Fabriken und die Protestresolutionen, die an die sozialdemokratische Dumaaktion gerichtet werden. Eine große Reihe von Protestversammlungen sind bekanntlich statt aus Anlaß des Justizverbrechens der Regierung an der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma. Protestresolutionen dagegen werden in der letzten Zeit aus den verschiedensten Anlässen angenommen und mit zahlreichen Unter- schriften bedeckt an unsere Vertretung in der Duma gesandt. Einen Begriff von dem Umfang dieser Bewegung geben fol-

gende Zahlen: die Protestresolutionen aus anlaß der Versicherungsgesetze vereinigten auf sich zirka 25 000 Unterschriften, die Forderungen um Gewährung des Sozialrechts 31 000 Unterschriften, die Proteste der jüdischen Arbeiter Russisch-Polens aus Anlaß der Selbstverwaltungsdokumente 5000 Unterschriften, ein ähnlicher Protest der kaukasischen Arbeiter aus Anlaß der neuen Landwirtschaftsverordnung 3000 Unterschriften usw.

Einen gewaltigen Fortschritt bedeutet es auch, daß die Arbeiter gelernt haben, gegen die reaktionären Gewaltstreiche der Regierung sofort eine umfassende Protestbewegung einzuleiten. Da Versammlungen nur unter den größten Schwierigkeiten die behördliche Genehmigung erhalten, finden derartige Kundgebungen in den Fabriken oder auf den Fabrikstrassen statt. So haben dieser Tage in sämtlichen Fabriken Petersburgs Protestversammlungen gegen die behördliche Schließung des Metallarbeiterverbandes und des Verbundes der Arbeiter im graphischen Gewerbe stattgefunden, in denen eine gleichlautende Resolution zur Annahme gelangte, die vom Genossen Ausnehm von der Duma verabschiedet wurde. „Wir fordern — so heißt es in diesem Proteste — die Arbeiter Petersburgs und des ganzen Reiches auf, sich unserem Proteste anzuschließen und Meetings, Streiks und Protestversammlungen zu veranstalten.“ Mit Recht kommt dieselbe Redner darauf hinzu, daß alle diese Tatsachen, die das politische Erwachen der russischen Arbeitersklasse dokumentieren, eine neue politische Situation geschaffen haben. Noch trostet tritt dieser Umschwung in einer Bewegung zutage, die einen ungeahnten Umfang angenommen hat. Vor einigen Wochen trug der Reichstag in das von der Duma angenommene Gesetz über die Regelung der Arbeitszeit der Handelsangestellten riesenschneidende Verschlechterungen hinein. Er verlängerte den Arbeitstag auf 15 Stunden und setzte für die Sonn- und Feiertage eine obligatorische Arbeitszeit von fünf Stunden fest. Dieser reaktionäre Streik löste einen Sturm der Entrüstung im ganzen Reich aus. Bisher hat bereits eine halbe Million Handelsangestellter öffentlich gegen diese Verschlechterung ihrer jetzigen Lage protestiert. Selbst die unter dem Einfluß der Unternehmer stehenden Gewerkschaften haben sich diesem Proteste angeschlossen. Und was am bedeutsamsten ist, die Mehrzahl der mit Unterschriften versehenen Proteste wurde aus allen Städten des Reiches an die sozialdemokratische Dumaaktion gesandt. Diese Bewegung ist um so bemerkenswerter, als gerade diese Schichten des arbeitenden Volkes bisher im Schlepptau des bürgerlichen Liberalismus, zum Teil sogar der Radikalismus aus dem extrem rechten Lager getragen sind. Die Radikalisierung dieser Schichten, die bei den Dumatwahlen in den Städten von enormer Bedeutung sind, eröffnet für die künftigen Dumatwahlen gute Aussichten für die Sozialdemokratie.

Neues aus aller Welt.

Eine Borte gekreuzt.

Tanger, 8. April. Die Borte des französischen Kreuzes wurde, in welcher sich die russische und der französische Geschäftsträger befanden, 18 gekreuzt gekreuzt. Ein Kind des französischen Geschäftsträgers de Dommarin sowie drei Männer entranen. Die übrigen Passagiere der Borte konnten gerettet werden. Ein zweites Kind des französischen Geschäftsträgers, welches sich kurz an Bord des Kreuzers befand, ist gestorben. Der Geschäftsträger selbst befindet sich in einem sehr bedenklichen Zustand.

Schiffbruch.

Newport (Rhode Island), 8. April. Der Dampfer Ontario ist auf der Reise von Baltimore nach Boston in Wrack geraten und bei Montauk Point auf Strand gelöst worden. Es befinden sich 30 Passagiere an Bord. Bergungsboote sind noch der Unfallstelle abgegangen. Wie später gemeldet wurde, sind sämtliche Passagiere unverletzt von Bord gekrochen worden.

Prognose der höchsten Landeskonservativen

für den 10. April:

Öffnung; veränderliche Gewaltigung; mild; kein erheblicher Niederschlag.

Dresdner Polizeibericht vom 9. April.

Am ersten Osterfeiertag gegen 4 Uhr nachmittags ist auf dem Treppenausgang des Hauses Christianstraße 29 der Leichnam eines neu geborenen Kindes weiblichen Geschlechts aufgefunden worden. Der Leichnam war zunächst in ein weißes Tuch gehüllt, gezeichnet mit dem Kreuz, eingehüllt. Die Leiche stand ans einer Tafel, Berliner Morgenpost, Dresdner Neueste Nachrichten, und einem Teller Brot, aus einer Tropfenkonditorei stammend. Mitteilungen werden an die Kriminalabteilung erbeten. Die Mordfälle liegen im Schauspiel der Hauptpolizei zur Abfertigung aus.

Letzte Telegramme.

Abgelehnte Ordensauszeichnung.

Breslau, 9. April. Die am 1. April nach nicht als 10jähriger Dienstzeit pensionierte polnische Polizeischülerin Henckel, Dancer und Tietrich in Neustadt in Oberschlesien haben die Annahme der ihnen verliehenen Ordensauszeichnungen, des Ordens der Inhaber des Hohenzollernschen Hausordens, abgelehnt.

Tunis gegen die französische Politik in Tunis.

Paris, 9. April. Tunes gegen die Humanitäts-Einspruch gegen den Generalstaatsmann von Tunis, Ali Bey, unter dem Druck der araberfeindlichen Aufstellung haben junge Einwohner Tunes gegen die französische Politik in Tunis unbehindert für ihre Landsleute sammeln können. Ali Bey meint, wenn Frankreich seine Aktion in Tunis und Marocco so entscheide, so wäre das ebenso gefährlich wie schmachvoll.

Zum Ende des englischen Kohlenarbeiterstreiks.

London, 9. April. Nach den Berichten der Zeitungen wird es noch einige Wochen dauern, bis der Betrieb in den Kohlengruben wieder in vollem Gang ist. Ein paar Gruben werden vielleicht geschlossen bleiben; andere Gruben sind durch den langen Ausstand so in Notstand geraten, daß man etwa eine Woche braucht, um die Wege wieder freizumachen und die Auszimmierung zu erneuern. Nebenbei sind bei Wiederbeginn der Arbeit besonders Vorlesungen gegen Unfälle nötig. Es ist auch nicht zu erwarten, daß nach dem langen Ausstand die Bergwerke schon in der ersten Woche ihre Leistungsfähigkeit herstellen werden. Der größte Teil der geförderten Kohlen geht an die Eisenbahnen, die allmählich den vollen Betrieb wieder aufnehmen. Ende dieser Woche werden vorwiegendlich auch verschiedene Industrien in den Stand gesetzt sein, da

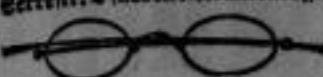
Besinnstagskinder für Donnerstag.

Der Trachtenberge. Gruppenbildung.
Steinarbeiter. Abends 8%, licht Blaufertigung aller Branchen
im Volkshaus.
Deutscher Arbeiter Stenograph-Bund. Abends 9% Ihre Nebungsschule
im Volkshaus.

Des Karfreitags wegen gelangt
die nächste Nummer dieser Zeitung erst am
Sonntagabend zur Ausgabe.

A. Rencker

Optische Anstalt
Gerecht, 2 (neben der Frauenstraße)



Brillen u. Klaviere in allen Ausführungen, Theater- u. Reiseklaviere
vom günstigsten Quell., Thermometer,
Kehlkopfer u. in großer Auswahl.

Keine Uhr geht nicht mehr! Wo soll
ich sie darschaffen? Zu

H. Lorenz

jetzt Frauenstraße 1

Ede Schuhergasse
so man alle Uhren gut und billig
repariert. Preisangabe sofort.

Neue Uhren billiger.
Truhringe in grosser Auswahl

Frauen-

Tee!

abgewöhlt. Walet 75 Pf.

Aller

Frauen-Artikel.

R. Freisleben

Postplatz.

Achtung!

Sprech - Apparate

mit und ohne Trickster, jetzt, nun
so klarer, ganz billig. Prima
Qualität, prächtig Ton, m. Garantie;
zweigleisige Apparate, Schalldosen,
Telefon, Radios u. a. Platten 20.-
50.- Neu! Ein Tag im
Vorgrammistenleben.

Mit auch Sonntags

Pieschen, Mollstrasse 8, 1.

Zur Räumung

der vorjährigen Lager.

Den Tannenbachischen Herren ich:
Sind in Primaverarbeitung
den 4-16 M. an. Kosten von
12 M. an ca. 300 St. Herren-
anzüge in modernster Verar-
beitung. Preis für Maß, von
12-18 M. an, dagegen ein großer
Vorteil. Weiterbestreitungen sowie
nachhaltige Ausmahl in Hessen-
und Darmstadt.

Gr. Brüdergasse 16, II.

Zum Einfahrt für die Oster-
feiertage von

prima Fleisch - II.

M. Wurstwaren

empfiehlt sich die

Fleischerie Bruno Schlüsser

Luisenstraße 59.

Spezialität:

Wurstschäfte u. russ. Salat

D. C.

Inserate

für die Tredauer Volkszeitung

und

Bestellungen

auf den Wahren Jakob, die
freien Stunden und sämtliche
Dienstleistungen werden entgegen-
genommen von

Arthur Rieger, Holzporten

Wiesener Straße 44.

12 Kabinett-

Photographien von 8 M.

an liefern

Photograph Rieger, Jahnstr.

Karlsstraße Nr. 12

im Hause von Weigel & Rieger,

Möbel und Raumausstattungen

einfach und preiswert

J. Rieger, August 4.

Fröhliche Ostern!
Jasmatzi Cigaretten
für die Festtage!
Jasmatzi Dubec 2½ Pfg.
Elmas 3-5 Pfg.
Unsere Marine 2 Pfg.

Einem hochgedrehten Publikum von Männern und Mäusen
zur gef. Kenntnisnahme, daß wir das

Restaurant zum Sternhof

Ede Schönstraße und Sternstraße
übernommen haben. Es wird unter eifrigstem Bestreben sein,
in Speisen und Getränken nur das Beste zu bieten.

Hochachtungsvoll

Karl Noack und Frau
früher Lindenstraße 9.

Ferpfunde Sonnabend:

12 Schweine

12 Kälber

9 Lämmer

zu billigen Tagepreisen.

Paul Bellmann, Produktionsgesch.

und Fleischerei

Wachsblochstr. 35.

Hier tanzt man recht

und billig Hamburger

und Lausitzer Arbeits-

häusern, Sporthäuser für

Fahrräder u. Touristen.

Hamburger Delikte u.

Kutscherei-Polarinen

Leder-Joppen, Polarinen in allen

Großlagen, Maschinen-Anzüge,

Kutscherkleider, fehliges, Karchen-

benden, alles auf Wunsch nach Wahl.

Günther, Rosenstr. Ede Ammon-

straße 68, Galerie Altmühlstraße Nr. 26.

Herrnholz, gut gefertigte Herren-

und Damen-

Kleider Jäckchen u.

Webröcke

Anzüge

moderne Damen-Kleider, Kostüme

einzel. Hosen u. Schuhe will zu ver-

kaufen, zu best. Weberstraße 14.

Klischees

wolle man nach Ablauf der

Inserate ungesäumt in der

Expedition abholen, da wir

keine Garantie für nicht

abgeholt Klischees über-

nehmen können.

Briefkästen.

100 R. Wir hoffen, die jegl. bestehenden Hindernisse
überwinden zu können. Einzelheiten sind wir aber noch auf die
Mitteilung der Blätter aus zweiter Hand angewiesen.

6. J. Rosenau. Wir danken für Übermittlung des R.
Briefkästen und haben davon Kenntnis genommen. Wenn Sie auf
Rücksendung verzichten, verleihen wir es unserer Sammelmappe ein.

C. B. Modris. C 62 = Krankheit der Unterleibsdärme.

1410. Wir vermögen für diese Früchte eine Erklärung nicht

zu geben.

R. R. 100. Obte Borberung an den Wirt hat mit der Wicht,
nichts zu tun. Sie dürfen legiere deswegen nicht füren.

Parteigenossen!
Erwerbt das Bürgerrecht!

M.-G.-V. „Freies Lied“ und „Frauenchor“

Platz 1. 2. 3. April. Seelitz. Dirigent: Hans Bautz.

Sonntag den 7. April (Ostermontag)

Großer Volksliederabend

im Glashüttemeile Grüne Wiese im Grüna

Zur Aufführung gelangt:

Die Jahreszeiten

Dirigent:

Herr Brand, 1. Violine; Herr Einert, 2. Violin; Herr
Gröbe, Viola; Herr Großmann, Violoncello.

Eintritt 7 Uhr. Programm u. Liederpreis 20 Pf. Anfang 8 Uhr.

Fahrrad - Meissner

Annenstr. 42, neben der Kirche.

Eleganter Ein-Vierradwagen.

1 Kinderwagen zu verkaufen.

Stadt, Blasewitz, Bahnhofstr. 2, 1.

Klappsportwagen

von 7,50 M. bis 32 M.

Luisenstraße 5.

6. Kreis. Bez. Nausslitz

Den Parteigenossen hiermit zur Kenntnis, daß unser Mit-
glied, der Schlosser

Joseph Bischoff

wohnhaft Habenauer Straße 5, im Alter von 60 Jahren ver-
schieden ist. Ehre seinem Andenken.

Die Einäscherung erfolgt Freitag den 5. April, nachmittags
5½ Uhr, im Krematorium Zollau.

Die Bezirksleitung.

gestern abend 9½ Uhr entschlief sonst mein innigst geliebter
Mann, unter treusorgender, guter Vater, Groß- und Schwiegereltern.
Herr Joseph Bischoff, Schlosser

im 60. Lebensjahr.

In tiefer Trauer zeigt dies nur hierdurch an
D. 2. 5. 6. 7. 8. Habenauer Straße 5, 2.

Marie Bischoff geb. Krause im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Einäscherung erfolgt Freitag den 5. April, nachmittags

5½ Uhr, in der städtischen Feuerbestattungsanstalt Dresdner

Zollau. — Blumenstrauß wird auf Wunsch unseres Ein-
schläfers dankend abgelehnt.

Die Beerdigung findet Sonnabend 9½ Uhr vom Trauer-

haus aus statt.

Bahlreiche Teilnahme erwünscht. Die Bezirksleitung.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser langjähriger

Genosse

Hermann Schellenberger, Ladierer

am 8. April nach langem Leiden im Alter von 58 Jahren ver-
storben ist. Wir betrachten in ihm den Verlust eines treuen

Kämpfers und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet Sonnabend 9½ Uhr vom Trauer-

haus aus statt.

Bahlreiche Teilnahme erwünscht. Die Bezirksleitung.

Hierdurch allen Verwandten, Freunden und Bekannten die
traurige Nachricht, daß am Mittwoch früh mein lieber Mann,

unser guter treusorgender Vater, Bruder, Schwager und Onkel

nach langem Leiden im Alter von 59 Jahren verstorben ist.

In tiefer Trauer Herrn Schellenberger uns Angehörige.

Die Beerdigung erfolgt Sonnabend nachmittags 9½ Uhr

vom Trauerhaus, Niedergördig, Dorfplatz Nr. 2 aus.

Herrn Schellenberger

nach langem Leiden im Alter von 58 Jahren verstorben ist.

In tiefer Trauer Herrn Schellenberger uns Angehörige.

Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittags 9½ Uhr

vom Trauerhaus, Niedergördig, Dorfplatz Nr. 2 aus.

Herrn Schellenberger

für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, den reichen

Blumenstrauß und das ehrenvolle Geleit zur letzten Ruhestätte

beim Heimgang meines lieben Mannes, unseres guten Vaters,

Bruders, Schwagers und Onkels, des Steinmeier

Gustav Hartung

sagen wir allen unseren herzlichen Dank.

Das zahlreiche Geleit zur letzten Ruhestätte unserer lieben

Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 81.

Dresden, Dienstag den 9. April 1912.

23. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Immer wieder arbeiterfeindliche Umliebe.

Die Chemnitzer Handelskammer hat folgendes, vom April datiert, als "strengh vertraulich" bezeichnete Schreibzettel an die Buchdruckerei-Besitzer versandt:

"Um einem an uns gerichteten Schreiben des Königlichen Ministeriums des Innern entgegen zu können, müssen wir Ihnen für eine Mitteilung darüber zu grohem Dank verlängern, welche Erfahrungen innerhalb Sachsen im Buchdruckergewerbe mit dem Buchdrucker-Tarifgemeinschaft nach der Rücknahme der Verhältnisse gemacht worden sind. Insbesondere wäre uns eine gewissenhafte Auskunft darüber von großem Interesse, ob nach den Eindrücken, die Sie über die Gestaltung des Tariftarifs zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im dortigen Buchdruckergewerbe gemacht haben, erhebliche Gefahr droht vorliegt, daß – wie von verschiedenen Seiten behauptet wird – die Gehaltsentwicklung die Handhabung der tariflichen Einrichtungen in die sozialdemokratische Organisation gefügt wird, und die Buchdruckerei-Unternehmer in schwierige Lage geraten, wenn sie nicht ausschließlich sozialdemokratisch organisierte Geschäfte beschäftigen sollen.

Unbefriedigend ein außerordentlich lebhaftes Interesse daran besteht in einwandfreier Weise festgestellt zu haben, ob sich die Tarifgemeinschaft mehr und mehr zu einer Monopolstellung des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes entwickelt hat, wäre uns eine möglichst erschöpfende Auskunft bis zum 1. Mai 1912 erwünscht.

Die Handelskammer.

B. Gulden, Vorstand. Dr. Schleifer, Syndikus.

Nachricht.

Strengh vertrauliche Behandlung Ihrer Mitteilungen, die wir höchst für die Zwecke unserer Bewirtung und ohne jede Kenntnis einer Firma vorbehalten werden, betrachten wir Sie als feindüberständliche Voraussetzung."

Es soll also wieder einmal Material gegen Arbeiterorganisationen gesammelt werden. Und das Ministerium des Innern ist es, das dazu Veranlassung gegeben hat. Es hat es an die Stellen gewendet, wo in der Regel die ältesten Schwarzmacher sitzen, denen natürlich eine solche Aufforderung höchst willkommen war. Welche Absichten das Ministerium des Innern bei seinem Vorgehen geleitet haben, ergibt sich aus der Fassung des Rundschreibens der Handelskammer. Dem, was darin enthaltenen, von uns im Druck hervorgehobenen Auskunfts röhren wahrscheinlich von der Regierung selbst her. Wie dem aber auch sei, eins steht man deutlich. Es herrschen in der sächsischen Regierung nach wie vor die alten polizeilichen Vorurteile gegen die Arbeiterbewegung. Weiter denn je scheint nun von einer objektiven Beurteilung der Arbeiterorganisationen entfernt zu sein. Statt staatsmännischer Betrachtung findet nur engberige polizeiliche Ausschauungen, die die Regierung zu einseitigen Verfolgungen deutlich verraten und die Bereitschaft der sächsischen Regierung zur Anwendung der Gewerbeabstimmung im Sinne der konservativen Anträge erkennen lassen.

Die Bestätigung verzögert?

Mit der Bestätigungsfrage des zum Oberbürgermeister von Zittau gewählten jüngsten Bürgermeisters und forschrittslichen Landtagsabgeordneten Dr. Roth, Burgstädt, beschäftigt man sich seit einigen Tagen in der Kreisräte. Allgemein gilt als Tatsache, daß der Kreishauptmann von Bautzen der Wahl Dr. Roth's zum Oberbürgermeister die Bestätigung verlängert habe. Der Kreisausschuss in Bautzen hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt, und hierbei ist man zu dem Resultat gekommen, als daß in Zittau an maßgebender Stelle bekannt wurde, daß man der Sache auf den Grund und holt persönlich Erkundigungen beim Kreishauptmann ein. Und da erfuhr man dann, daß es so sei.

Gegen die Wahl Dr. Roth's sind von Zittau und Burgstädt aus Kreisberatern insgesamt worden. Dabei haben sich zwei Herren aus Burgstädt ausgezeichnet, die sich erst in der Rolle der Mitwirkenden und dann in der Rolle der Ankläger gestellt.

Dr. Roth soll nämlich mehrmals an einem Sonnabend bis früh zwei Uhr mit noch anderen in Burgstädt Hassard getroffen haben. Auch die alten in einem früheren Prozeß schon widerlegten Behauptungen werden wieder hervorgerufen, daß Dr. Roth dabei insfern falsch gespielt habe, als er eine Karte unter den Tisch fallen ließ.

Die nationalliberalen Stimmen machten Dr. Roth dann den Vorwurf, daß er mit der Sozialdemokratie paktiere. Worin bestand dieses Paktieren? Dr. Roth hatte sich in Offenbach um die Bürgermeisterstelle beworben, obgleich Offenbach eine sozialdemokratische Stadtverordnetenmeisterei besaß. Gelegentlich dieser Wahl kam eine dreigliedrige Kommission, die aus unseren Parteigenossen zusammengestellt war, Dr. Roth in Burgstädt – als seinem Wirkungskreis aufgetroffen. Nach der Konferenz begleitete Dr. Roth die "rote" Kommission zum Bahnhof. Dort angekommen, ergab sich, daß man noch eine halbe Stunde Zeit hatte bis zum Abgang des Zuges. Diese Zeit benutzte man, um im Wartesaal eine Tasse Kaffee zu trinken. Darin bestand das Paktieren mit den Sozialdemokraten.

Am Donnerstag nachmittag hat nun eine gemeinschaftliche heimliche Sitzung des Rates und der Stadtverordneten in Zittau stattgefunden, die zu dem Entschluß gekommen ist, am Sonnabend früh eine viergliedrige Kommission nach Bautzen zu entsenden. Über das Ergebnis dieser Konferenz ist bis zur Stunde noch nichts bekannt.

Nach allem, was man hört und beobachten kann, ist mit einiger Sicherheit anzunehmen, daß Dr. Roth nicht bestätigt werden soll. Das bestont auch die Zittauer Morgenzeitung, die unter anderem mitteilt: In einem halbamtlichen Bericht über die heimliche Sitzung des Kreisausschusses in Bautzen heißt es: "Schließlich wurde der Kreisausschuss noch in einer Personalangelegenheit grundsätzlich gehörig. Das Ergebnis war ein übereinstimmendes

Votum aller Kreisausschusmitglieder."

Dazu bemerkt das genannte forschrittsliche Blatt: "Eine

Wiederholung in dieser Form ist allerdings ungewöhnlich und nach den Eindrücken einer Vorbereitung der Öffentlichkeit auf Ungewöhnliches. Würde sich der hier zitierte Passus auf das Schreiben über die Zittauer Bestätigungsfrage beziehen, so müßte man wohl annehmen, daß das Votum gegen die Bestätigung abgegeben worden ist, denn ein Votum für die Bestätigung würde man entweder ganz unerwähnt lassen oder es offen angeben, nicht aber es in dieser eigenartigen Weise andeuten." Die Gründe für die Nichtbestätigung sind noch nicht bekannt. Man wird sich wahrscheinlich auf die bekannten oben erwähnten Vorgänge beziehen. Der Hauptgrund der Nichtbestätigung wird aber wohl kaum genannt werden. Das ist offenbar die oppositionelle Haltung des Burgstädtischen Bürgermeisters und seine forschrittsliche politische Meinung. Bei einem konserватiven Bürgermeister hätten jene Zwischenfälle kaum zu einer Nichtbestätigung geführt.

Leider ist ja amtlich noch nichts bekannt. Die Verzögerung ist offenbar darauf zurückzuführen, daß die Kreishauptmannschaft Bautzen erst die Zustimmung der Regierung einholen will, ehe sie amtlich die Verlogung der Bestätigung bekannt gibt.

Mittelständische Kreisberater.

Der Beschluss der Gesetzgebungsdeputation der zweiten Kammer, eine Bestimmung in das Gemeindesteuergebot aufzunehmen, wonach eine Umsatzsteuer aus Großbetrieben im Kleinbetrieb in Zukunft nicht mehr erhoben werden soll, hat die mittelständischen Wälder in Aufregung versetzt. Sie versuchen es jetzt, gegen diesen Beschluss mobil zu machen. Vor allem suchen sie die Nationalliberalen zu bestimmen, für die Beibehaltung der Umsatzsteuer zu stimmen. Sie glauben sich in dieser Hinsicht auch einige Hoffnungen machen zu können, denn in einem Warmlaßkittel der Mittelstandsvereinigung besteht kein Zweifel am Schluß:

„Es besteht keine Gefahr, daß die sächsische nationalliberale Partei jetzt gegen die milden Umsatzsteuerbestimmungen des neuen Gemeindesteuergegeses stimmen wird. Diese Auffassung wird uns auch von gut unterrichteter Seite bestätigt. Die nationalliberale Fraktion des sächsischen Landtags steht auf dem Standpunkt, daß die Erhebung der Umsatzsteuer nach wie vor den Gemeinden überlassen bleiben soll. – Da an der Hubertusstraße des Konservativen in der Umsatzsteuerfrage nicht zu zweien ist, Konservative und Nationalliberale zusammen, aber in der zweiten Kammer die Mehrheit beißen, sieht der Konservativen Beschluss im Plenum nichts im Wege. – Doch abgesehen davon: Sowiel steht fest, eine gefährliche Eskalation würde sich des gesamten selbständigen Mittelstandes bedrohen, wenn die bürgerlichen Parteien in der Plenarverhandlung sich nicht gegen das abermalige Spiel des Zufalls sichern würden.“

Wit den angeblich milden Umsatzsteuerbestimmungen sind die Mittelständler indes nicht zufrieden; sie wollen sie wesentlich verschärft haben. – Was die Haltung der Nationalliberalen anbelangt, so hat sich schon in der Gesetzgebungsdeputation gezeigt, daß die Herren von dieser Partei zum Teil für die Beibehaltung der Umsatzsteuer stimmen. Es werden aber nicht alle sein. Die Entscheidung wird also davon abhängen, wieviel Nationalliberale nach rechts und wieviel nach links fallen.

In früheren Jahren haben die Nationalliberalen gegen die Umsatzsteuer Stellung genommen. Es wäre ein böser Rückschlag in ihre traurige Zeit, wenn die Herren um Heimat den Mittelständlern jetzt Heilsdienste leisten würden.

Der Terrorismus der Unternehmerverbände.

Zwei Lippstädtermeister des Zittauer Gewerbevereinbezirks beschwerten sich bei der Kammer über die ihrer Ansicht nach mit terroristischen Tendenzen durchsetzten Gegenleistungsbündnisse des Vereins der Arbeitgeber des Leder- und Ofenhergewerbes in der Kreishauptmannschaft Bautzen. Genauso führt der Verband vereinigter Baumaterialienhändler Deutschlands klage über das Vorgehen einzelner Orts- bzw. Bezirksvereine Sachsen des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, wonach an die Lieferanten von Baumaterialien die Aufforderung gerichtet wurde, sich einem von den Ortsvereinen des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe allein ausgearbeiteten und in ihrem Hauptverband genehmigten Verträge zu unterwerfen. Mit dieser Angelegenheit hat sich der Handwerksausschuß der Kammer beschäftigt und auch weitere Kreise des Kammerbezirks um ihre Meinungäußerung erachtet. In den bei der Gewerbeverein eingegangenen Antworten wurde bestont, daß der gewerbliche Mittelstand nur durch festen Zusammenschluß und straffe Organisation den wirtschaftlichen Druck aufzuhalten vermöge, der auf ihn von zwei Seiten – den Lieferanten einerseits und den Arbeitnehmern andererseits – ausgeübt werde. Seitdem in einzelnen Gewerben ein solch fester Zusammenhalt ermöglicht worden sei, sei auch eine wirtschaftliche Besserung in diesen Gewerben festzustellen. Dringend notwendig sei es, daß die Erfahrung der Bedeutung eines festen Zusammenschlusses immer weiter um sich greife. Es wurde darüber hingewiesen, daß die Erledigungen des wirtschaftlichen Lebens nicht durch Maßnahmen einzutragen, wie sie der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe ergrieffen habe, sondern durch die vom Baume gebrochenen Streiks der Arbeitnehmer. Solange die Arbeitgeber gegen die Ausübung des wirtschaftlichen Terrorismus durch die Arbeitnehmer nicht durch Gesetz geschützt werden können, so lange müßten sich die Arbeitgeber selbst zu schützen suchen, und dies können eben nur durch innigen Zusammenhalt derselben gehehen. Es wurde auch gezeigt, daß Lieferanten, die sich über die kleinen Verträge zum Arbeitgeberbund beschwerten, mit der Arbeiterschaft nicht viel zu tun haben könnten und es vor allem nicht am eignen Leibe erfahren haben könnten, was eine Preisabschöpfung durch langen Streik für Holzgen haben könnte. Die Baumaterialienhändler müßten einsehen, daß sie durch die Unterstützung der Ziele der Arbeitgeber im Baugewerbe ihre eigene wirtschaftliche Lage stärken; zwischen diesen beiden Gruppen müßte Interessengemeinschaft bestehen. Dagegen verpflichten sich ja die Arbeitgeber im Baugewerbe, ihre notwendigen Materialien nur bei solchen Händlern zu deßen, welche auf die Verhältnisse des Arbeitgeberbundes eingehen. Der Handwerksausschuß konnte diesen Gründen seine Anerkennung nicht verlagen. Das war vorauszusehen, denn die Kammer ist schon

früher der Eingabe an den Landtag beigetreten, in der gegen die Mitwirkung von Kontrolleuren aus dem Arbeitervorstand protestiert wird. Die Kammer trat selbstverständlich dem Auschlußgutachten bei. Interessant ist, daß hier der Terrorismus der Arbeitgeberverbände auf die Außenstelle nicht bestritten, aber mit dem Streit der Arbeiterorganisationen zu rechtsgültigen geführt wird. Womit wiederum festgestellt wird, daß die Arbeitgeberorganisationen in dieser Linie Arbeitervorstand

gesetzlich der Eingabe an den Landtag beigetreten, in der gegen die Mitwirkung von Kontrolleuren aus dem Arbeitervorstand protestiert wird. Die Kammer trat selbstverständlich dem Auschlußgutachten bei. Interessant ist, daß hier der Terrorismus der Arbeitgeberverbände auf die Außenstelle nicht bestritten, aber mit dem Streit der Arbeiterorganisationen zu rechtsgültigen geführt wird. Womit wiederum festgestellt wird, daß die Arbeitgeberorganisationen in dieser Linie Arbeitervorstand gesetzlich der Eingabe an den Landtag beigetreten, in der gegen die Mitwirkung von Kontrolleuren aus dem Arbeitervorstand protestiert wird. Die Kammer trat selbstverständlich dem Auschlußgutachten bei. Interessant ist, daß hier der Terrorismus der Arbeitgeberverbände auf die Außenstelle nicht bestritten, aber mit dem Streit der Arbeiterorganisationen zu rechtsgültigen geführt wird. Womit wiederum festgestellt wird, daß die Arbeitgeberorganisationen in dieser Linie Arbeitervorstand gesetzlich der Eingabe an den Landtag beigetreten, in der gegen die Mitwirkung von Kontrolleuren aus dem Arbeitervorstand protestiert wird. Die Kammer trat selbstverständlich dem Auschlußgutachten bei. Interessant ist, daß hier der Terrorismus der Arbeitgeberverbände auf die Außenstelle nicht bestritten, aber mit dem Streit der Arbeiterorganisationen zu rechtsgültigen geführt wird. Womit wiederum festgestellt wird, daß die Arbeitgeberorganisationen in dieser Linie Arbeitervorstand gesetzlich der Eingabe an den Landtag beigetreten, in der gegen die Mitwirkung von Kontrolleuren aus dem Arbeitervorstand protestiert wird. Die Kammer trat selbstverständlich dem Auschlußgutachten bei. Interessant ist, daß hier der Terrorismus der Arbeitgeberverbände auf die Außenstelle nicht bestritten, aber mit dem Streit der Arbeiterorganisationen zu rechtsgültigen geführt wird. Womit wiederum festgestellt wird, daß die Arbeitgeberorganisationen in dieser Linie Arbeitervorstand gesetzlich der Eingabe an den Landtag beigetreten, in der gegen die Mitwirkung von Kontrolleuren aus dem Arbeitervorstand protestiert wird. Die Kammer trat selbstverständlich dem Auschlußgutachten bei. Interessant ist, daß hier der Terrorismus der Arbeitgeberverbände auf die Außenstelle nicht bestritten, aber mit dem Streit der Arbeiterorganisationen zu rechtsgültigen geführt wird. Womit wiederum festgestellt wird, daß die Arbeitgeberorganisationen in dieser Linie Arbeitervorstand gesetzlich der Eingabe an den Landtag beigetreten, in der gegen die Mitwirkung von Kontrolleuren aus dem Arbeitervorstand protestiert wird. Die Kammer trat selbstverständlich dem Auschlußgutachten bei. Interessant ist, daß hier der Terrorismus der Arbeitgeberverbände auf die Außenstelle nicht bestritten, aber mit dem Streit der Arbeiterorganisationen zu rechtsgültigen geführt wird. Womit wiederum festgestellt wird, daß die Arbeitgeberorganisationen in dieser Linie Arbeitervorstand gesetzlich der Eingabe an den Landtag beigetreten, in der gegen die Mitwirkung von Kontrolleuren aus dem Arbeitervorstand protestiert wird. Die Kammer trat selbstverständlich dem Auschlußgutachten bei. Interessant ist, daß hier der Terrorismus der Arbeitgeberverbände auf die Außenstelle nicht bestritten, aber mit dem Streit der Arbeiterorganisationen zu rechtsgültigen geführt wird. Womit wiederum festgestellt wird, daß die Arbeitgeberorganisationen in dieser Linie Arbeitervorstand gesetzlich der Eingabe an den Landtag beigetreten, in der gegen die Mitwirkung von Kontrolleuren aus dem Arbeitervorstand protestiert wird. Die Kammer trat selbstverständlich dem Auschlußgutachten bei. Interessant ist, daß hier der Terrorismus der Arbeitgeberverbände auf die Außenstelle nicht bestritten, aber mit dem Streit der Arbeiterorganisationen zu rechtsgültigen geführt wird. Womit wiederum festgestellt wird, daß die Arbeitgeberorganisationen in dieser Linie Arbeitervorstand gesetzlich der Eingabe an den Landtag beigetreten, in der gegen die Mitwirkung von Kontrolleuren aus dem Arbeitervorstand protestiert wird. Die Kammer trat selbstverständlich dem Auschlußgutachten bei. Interessant ist, daß hier der Terrorismus der Arbeitgeberverbände auf die Außenstelle nicht bestritten, aber mit dem Streit der Arbeiterorganisationen zu rechtsgültigen geführt wird. Womit wiederum festgestellt wird, daß die Arbeitgeberorganisationen in dieser Linie Arbeitervorstand gesetzlich der Eingabe an den Landtag beigetreten, in der gegen die Mitwirkung von Kontrolleuren aus dem Arbeitervorstand protestiert wird. Die Kammer trat selbstverständlich dem Auschlußgutachten bei. Interessant ist, daß hier der Terrorismus der Arbeitgeberverbände auf die Außenstelle nicht bestritten, aber mit dem Streit der Arbeiterorganisationen zu rechtsgültigen geführt wird. Womit wiederum festgestellt wird, daß die Arbeitgeberorganisationen in dieser Linie Arbeitervorstand gesetzlich der Eingabe an den Landtag beigetreten, in der gegen die Mitwirkung von Kontrolleuren aus dem Arbeitervorstand protestiert wird. Die Kammer trat selbstverständlich dem Auschlußgutachten bei. Interessant ist, daß hier der Terrorismus der Arbeitgeberverbände auf die Außenstelle nicht bestritten, aber mit dem Streit der Arbeiterorganisationen zu rechtsgültigen geführt wird. Womit wiederum festgestellt wird, daß die Arbeitgeberorganisationen in dieser Linie Arbeitervorstand gesetzlich der Eingabe an den Landtag beigetreten, in der gegen die Mitwirkung von Kontrolleuren aus dem Arbeitervorstand protestiert wird. Die Kammer trat selbstverständlich dem Auschlußgutachten bei. Interessant ist, daß hier der Terrorismus der Arbeitgeberverbände auf die Außenstelle nicht bestritten, aber mit dem Streit der Arbeiterorganisationen zu rechtsgültigen geführt wird. Womit wiederum festgestellt wird, daß die Arbeitgeberorganisationen in dieser Linie Arbeitervorstand gesetzlich der Eingabe an den Landtag beigetreten, in der gegen die Mitwirkung von Kontrolleuren aus dem Arbeitervorstand protestiert wird. Die Kammer trat selbstverständlich dem Auschlußgutachten bei. Interessant ist, daß hier der Terrorismus der Arbeitgeberverbände auf die Außenstelle nicht bestritten, aber mit dem Streit der Arbeiterorganisationen zu rechtsgültigen geführt wird. Womit wiederum festgestellt wird, daß die Arbeitgeberorganisationen in dieser Linie Arbeitervorstand gesetzlich der Eingabe an den Landtag beigetreten, in der gegen die Mitwirkung von Kontrolleuren aus dem Arbeitervorstand protestiert wird. Die Kammer trat selbstverständlich dem Auschlußgutachten bei. Interessant ist, daß hier der Terrorismus der Arbeitgeberverbände auf die Außenstelle nicht bestritten, aber mit dem Streit der Arbeiterorganisationen zu rechtsgültigen geführt wird. Womit wiederum festgestellt wird, daß die Arbeitgeberorganisationen in dieser Linie Arbeitervorstand gesetzlich der Eingabe an den Landtag beigetreten, in der gegen die Mitwirkung von Kontrolleuren aus dem Arbeitervorstand protestiert wird. Die Kammer trat selbstverständlich dem Auschlußgutachten bei. Interessant ist, daß hier der Terrorismus der Arbeitgeberverbände auf die Außenstelle nicht bestritten, aber mit dem Streit der Arbeiterorganisationen zu rechtsgültigen geführt wird. Womit wiederum festgestellt wird, daß die Arbeitgeberorganisationen in dieser Linie Arbeitervorstand gesetzlich der Eingabe an den Landtag beigetreten, in der gegen die Mitwirkung von Kontrolleuren aus dem Arbeitervorstand protestiert wird. Die Kammer trat selbstverständlich dem Auschlußgutachten bei. Interessant ist, daß hier der Terrorismus der Arbeitgeberverbände auf die Außenstelle nicht bestritten, aber mit dem Streit der Arbeiterorganisationen zu rechtsgültigen geführt wird. Womit wiederum festgestellt wird, daß die Arbeitgeberorganisationen in dieser Linie Arbeitervorstand gesetzlich der Eingabe an den Landtag beigetreten, in der gegen die Mitwirkung von Kontrolleuren aus dem Arbeitervorstand protestiert wird. Die Kammer trat selbstverständlich dem Auschlußgutachten bei. Interessant ist, daß hier der Terrorismus der Arbeitgeberverbände auf die Außenstelle nicht bestritten, aber mit dem Streit der Arbeiterorganisationen zu rechtsgültigen geführt wird. Womit wiederum festgestellt wird, daß die Arbeitgeberorganisationen in dieser Linie Arbeitervorstand gesetzlich der Eingabe an den Landtag beigetreten, in der gegen die Mitwirkung von Kontrolleuren aus dem Arbeitervorstand protestiert wird. Die Kammer trat selbstverständlich dem Auschlußgutachten bei. Interessant ist, daß hier der Terrorismus der Arbeitgeberverbände auf die Außenstelle nicht bestritten, aber mit dem Streit der Arbeiterorganisationen zu rechtsgültigen geführt wird. Womit wiederum festgestellt wird, daß die Arbeitgeberorganisationen in dieser Linie Arbeitervorstand gesetzlich der Eingabe an den Landtag beigetreten, in der gegen die Mitwirkung von Kontrolleuren aus dem Arbeitervorstand protestiert wird. Die Kammer trat selbstverständlich dem Auschlußgutachten bei. Interessant ist, daß hier der Terrorismus der Arbeitgeberverbände auf die Außenstelle nicht bestritten, aber mit dem Streit der Arbeiterorganisationen zu rechtsgültigen geführt wird. Womit wiederum festgestellt wird, daß die Arbeitgeberorganisationen in dieser Linie Arbeitervorstand gesetzlich der Eingabe an den Landtag beigetreten, in der gegen die Mitwirkung von Kontrolleuren aus dem Arbeitervorstand protestiert wird. Die Kammer trat selbstverständlich dem Auschlußgutachten bei. Interessant ist, daß hier der Terrorismus der Arbeitgeberverbände auf die Außenstelle nicht bestritten, aber mit dem Streit der Arbeiterorganisationen zu rechtsgültigen geführt wird. Womit wiederum festgestellt wird, daß die Arbeitgeberorganisationen in dieser Linie Arbeitervorstand gesetzlich der Eingabe an den Landtag beigetreten, in der gegen die Mitwirkung von Kontrolleuren aus dem Arbeitervorstand protestiert wird. Die Kammer trat selbstverständlich dem Auschlußgutachten bei. Interessant ist, daß hier der Terrorismus der Arbeitgeberverbände auf die Außenstelle nicht bestritten, aber mit dem Streit der Arbeiterorganisationen zu rechtsgültigen geführt wird. Womit wiederum festgestellt wird, daß die Arbeitgeberorganisationen in dieser Linie Arbeitervorstand gesetzlich der Eingabe an den Landtag beigetreten, in der gegen die Mitwirkung von Kontrolleuren aus dem Arbeitervorstand protestiert wird. Die Kammer trat selbstverständlich dem Auschlußgutachten bei. Interessant ist, daß hier der Terrorismus der Arbeitgeberverbände auf die Außenstelle nicht bestritten, aber mit dem Streit der Arbeiterorganisationen zu rechtsgültigen geführt wird. Womit wiederum festgestellt wird, daß die Arbeitgeberorganisationen in dieser Linie Arbeitervorstand gesetzlich der Eingabe an den Landtag beigetreten, in der gegen die Mitwirkung von Kontrolleuren aus dem Arbeitervorstand protestiert wird. Die Kammer trat selbstverständlich dem Auschlußgutachten bei. Interessant ist, daß hier der Terrorismus der Arbeitgeberverbände auf die Außenstelle nicht bestritten, aber mit dem Streit der Arbeiterorganisationen zu rechtsgültigen geführt wird. Womit wiederum festgestellt wird, daß die Arbeitgeberorganisationen in dieser Linie Arbeitervorstand gesetzlich der Eingabe an den Landtag beigetreten, in der gegen die Mitwirkung von Kontrolleuren aus dem Arbeitervorstand protestiert wird. Die Kammer trat selbstverständlich dem Auschlußgutachten bei. Interessant ist, daß hier der Terrorismus der Arbeitgeberverbände auf die Außenstelle nicht bestritten, aber mit dem Streit der Arbeiterorganisationen zu rechtsgültigen geführt wird. Womit wiederum festgestellt wird, daß die Arbeitgeberorganisationen in dieser Linie Arbeitervorstand gesetzlich der Eingabe an den Landtag beigetreten, in der gegen die Mitwirkung von Kontrolleuren aus dem Arbeitervorstand protestiert wird. Die Kammer trat selbstverständlich dem Auschlußgutachten bei. Interessant ist, daß hier der Terrorismus der Arbeitgeberverbände auf die Außenstelle nicht bestritten, aber mit dem Streit der Arbeiterorganisationen zu rechtsgültigen geführt wird. Womit wiederum festgestellt wird, daß die Arbeitgeberorganisationen in dieser Linie Arbeitervorstand gesetzlich der Eingabe an den Landtag beigetreten, in der gegen die Mitwirkung von Kontrolleuren aus dem Arbeitervorstand protestiert wird. Die Kammer trat selbstverständlich dem Auschlußgutachten bei. Interessant ist, daß hier der Terrorismus der Arbeitgeberverbände auf die Außenstelle nicht bestritten, aber mit dem Streit der Arbeiterorganisationen zu rechtsgültigen geführt wird. Womit wiederum festgestellt wird, daß die Arbeitgeberorganisationen in dieser Linie Arbeitervorstand gesetzlich der Eingabe an den Landtag beigetreten, in der gegen die Mitwirkung von

Stadt-Chronik.

Schützt die Natur!

Einer wohlgemeinten und angebrachten Ermahnung des Sächsischen Heimatshusses entnehmen wir folgendes:

Was gibt es also zu sehen, zu hören in freier Natur; nicht müde wird man zu laufen. Die Vogel singen so froh ihre Lieder; die bunten Falter flattern von Blume zu Blume; die Bienen summten im Obstbaum. Am Rande des Baches sonnen sich die haselnussförmigen Nette, im Klippe des Steinbruchs unten und Wolche, goldglänzende Lausitzer auf dem sandigen Boden.

Ihr Knaben und Mädchen, so jung ihr seid, ihr alle kommt mithelfen, daß uns solch keine Freude an der Natur erhalten bleibt. Die lieblichsten Geschöpfe unserer Heimat, Blumen, Vogel, Schmetterlinge u. a., haben gar so viele Feinde unter den Menschen, die das ganze Leben dieser Naturkinder nicht achten, sondern ihnen aus Bosheit oder Gedankenlosigkeit ein trauriges Ende bereiten. Viele schöne Pflanzen, manches amünierte Voglein, schillernde Falter, deren frohes Spiel uns erfreute, manche unschuldige Schlange, unbeschädigte Salamander und Molche, haben in dieser oder jener Gegend unserer Heimat bereits völlig ausgerottet, oder es sind einzelne der Geschöpfe schon so selten geworden, daß man ihnen heute nur noch ausnahmsweise begegnet. Helft uns, damit unsre Heimat nicht weiter verdirbt! Erhalten! das sei die Lösung, nicht — vernichten!

Auf euren Spaziergängen und Ausflügen, beim Spiel auf der Wiese oder am Waldrand steht immer daran, daß ihr kein solch zartes Leben gründlos vernichtet, und wenn ihr seht, daß Käferaden an der Natur und ihren Geschöpfen sich vergehen, so legt ein bittendes oder warnendes Wort für eure Vieblinge ein! — Von "wilden Blumen" gibt's nicht so viele, daß jedes einen großen Strauß sich mitnehmen dürfte. Glaubt ihr, die Blume habe keinen höheren Zweck, als im Gesetz zu verweilen oder — weggeworfen — am Weg zu vertrocknen? Unzähligen Insekten, darunter Bienen und Schmetterlingen, gibt ihr Reichtümer Nahrung. Und wenn ihr doch meint, wenigstens ein kleines Stäubchen euch pflücken zu müssen, so schont Wargeln und Blattwerk! Wer nach euch des Beuges zieht, will sich auch noch erstecken.

Den bunten Faltern stellt nicht nach! Es ist so häßlich, ihr frohes Leben vernichten zu wollen! Hattet ihr's getan, so reut euch der Frevel; die rohe Hand kann wohl töten; aber das geraubte Leben zurückzugeben, liegt nicht in eurer Macht. Der lebende Schmetterling, wie er im Sonnenlicht über der Wiese flattert, sei eure Freude, nicht der auf die Radel gespletzte, der euch weiter nichts sagt, als wie sein Kleid aussieht. — Tötet nie eine Schlange, es sei denn die giftige Kreuzotter, nie Frosch oder Kröte, Eidechse, Salamander und Molche! Gerade diese verachteten und verhaschten Tiere haben unter Roheit und Aberglauben der Menschen viel zu leiden. Seid Beschützer der armen Verfolgten! Gönn't ihnen ihr Leben in freier Natur! Daheim im Wasserbehälter oder in der vergitterten Fischtanke gehen sie elend zugrunde. — Wo ihr ein Vogelnest im Zweigwirkt, in der Hecke, im Garten und Hof, da verschweigt euer Geheimnis! Wo es euch nötig erscheint, tragt Dornen herzu, der Sage zu wehren; vermeide aber sonst jede Sichtung! Wer Vogelnest ausnimmt, der frevelt an der Natur.

Und weiter, achtet auf euren Spaziergängen stehenden Bestäti. Vertrittet nicht mutwillig das Getreide, das Gras der Wiese, brecht nicht Zweige von den Bäumen oder die jungen Triebe vom Weidengebüsch, die Gerten des Hasenstrauhs usw. Vor allem aber achtet und ehrt den Wald! Weilt vom betretenen Wege nur ab, wo es erlaubt ist! Sicht den Waldbaden nicht durch rohes Gesprenge! Ihr hört sonst die Ruhe des Wildes, des brütenden Vogels, die Andacht jedes Naturfreundes. Verunreinigt den grünen Teppich nicht durch unhergewordenes Papier, durch zurückgelassene Reste der Mahlzeit! Denkt immer daran:

Was die zu Haus nicht artig scheint,
Ist auch dem Walde fälschlich gemeldet."

Pflanzen, die in Mitteldeutschland besonderen Schutz erfordern, sind: Himmelschlüssel, Leberblümchen, Märzenblümchen (Oenoicum), Seidelbast (Kellerhals), Sahlweide (Märschländer), Trollblume, Maiblume (Gauke), Nachtschau (Platianthus), Perchenporn, Frauenschuh, Knautia blumosa und andere Erdorchideen, Farne.

Das Turnen und die arbeitende Jugend.

Man schreibt uns: Mit der Schulentlassung tritt für die Jugend ein ernster Wendepunkt im Leben ein. Wenige, sehr wenige der Schulklassen ahnen, wie mit diesem Zeitabschnitt die Tage der Kindheit ein Ende nehmen, wie damit der Jugend erster Lenz verblüht. Wenn auch manche die Kinderzeit nicht so glänzend verlebt haben, so hat doch die Mehrzahl der Knaben und Mädchen immer noch Zeit gefunden, sich dem lebensfrischen Spiel hinzugeben. Nun aber tritt der junge Mensch ein in die Arbeit oder Berufslauf, um ein Handwerk zu erlernen, mit dem er kostet, seinen Lebensunterhalt zu finden und die Kosten mit aufzubringen, die den Eltern durch die Verhältnisse aufgehalst sind. Von morgens bis abends heißt es nun schaffen, und die Sonne, die vor dem Spiel so wohltuend schien und den Frohsinn brachte, sie wird kaum noch in die von südiger Lust erfüllte Weltstatt scheinen. Die Arbeiterkinder sind verdonnert, in dieser lungenzerfetzenden Lust auszuhalten, auf eigene Kraft sind sie nunmehr angewiesen. Da gilt es, die Widerstandskraft zu erhalten, um den reisenden Körper gegen die Schäden der modernen Produktionsweise in den Fabriken zu schützen. Um dies zu erreichen ist nicht nur geistige Fortbildung Voraussetzung, sondern die Körperpflege muß gleichen Schritt halten. Körperschulen und die praktische Erfahrung beweisen, daß eine gute Körperkultur durch Turnen und Spiel das beste Mittel gegen die Schäden der Berufsarbeiten ist. Die körperliche Ausbildung in der Periode der Entwicklung ist von größter Wichtigkeit, es ist die höchste Pflicht der Eltern, für die Ausbildung der reisenden Jugend die größte Sorgfalt auf die Körperpflege zu verwenden.

Jugendfreunde, Arbeitgeber! Gebt den jungen Leuten Zeit und Gelegenheit zum Turnen und Spiel, zum Wandern in frischer Luft. Schickt sie in die Turnvereine, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, den Schäden der Berufsarbeiten entgegenzuarbeiten. Erzieht die Jugend dem ziellosen Herumlungern auf der Straße, dort drohen die Gefahren schlechter Gesellschaft. Die Turnvereine versuchen mit ihrem regelmäßigen Turnen und frohen Spiel, durch Gesang und Geselligkeit die frohen Tage der Kindheit zu erleben. Die

systematischen Turnen hat auch großen erzieherischen Wert, und erzieht ganze Männer, wie sie im heutigen gewerkschaftlichen wie politischen Kampf gebraucht werden.

Viele Arme freuden sich heute noch der Jugend aus. Gewaltige Anstrengung macht die vaterländische Jugendbewegung, vereint mit ihrer Soldatenpflicht und der Ehre der Deutschen Turnerschaft". Da heißt es wählen! Einem aufrichtigen klassenbewußten Arbeiter kann die Wahl nicht schwer werden. Wer seine Kinder dem proletarischen Flügel nicht abgewendet wissen will, wer da will, daß die Kinder zu gefunden und charaktervollen Menschen ausgebildet werden, schreibt sie in die Übungssachen der Arbeiterturnvereine. Dem Bezirk Dresden sind jetzt 90 Vereine angegeschlossen, es bietet sich in jedem Orte Gelegenheit zum Anschluß an den Arbeiterturnverein.

Aber nicht nur an die Jugend sei dieses Mahnwort gerichtet, auch die Arbeiterschaft im allgemeinen sei auf den Wert des Turnens hingewiesen, es ist Pflicht der Arbeiterschaft, in erster Linie die dem Arbeiterturnerbund angeschlossenen Vereine zu unterstützen. Kein Arbeiter, der zum Turnen geht, darf sich der immer reaktionär werdenden Deutschen Turnerschaft anschließen. In den Arbeiterturnvereinen findet ihr gleichgeartete Klassengenossen und ernste Pflege des Körpers durch Turnen und Spiel!

Die "Schlüsselgewalt" der Chefrau.

Nun die Frau bestellungen aufgeben mit für den Ehemann bindender Rechtswirkung? Eine interessante Vertragsfrage beschäftigte das Oberlandesgericht in Provinzialrathender, der für eine Chemnitzer Firma tätig war, suchte Ende Oktober 1911 den Bausbeamten M. in B. zur Bestellung von Trödelwaren zu veranlassen. M. hatte keine rechte Lust, stellte aber schließlich doch einen Auftrag in Aussicht und erwiderte den Reisenden, am folgenden Tage wiederzukommen. Als dieser tags darauf wiederkam, traf er nur die Frau an, der er vorläufige, die Mann habe ihm schon einen Auftrag erteilt, sie solle sich nur nach Ruster und Stoff aussuchen und den Bestellzettel unterdrücken. Die Frau glaubte dies und unterschrieb den Bestellzettel, der auf sechs Hemden a 9 M. lautete. Als der Bausbeamte später die Annahme der Sendung verweigerte, stellte die Firma gegen den Reisenden, der sich die Provision für den Auftrag schon im voraus hatte auszahlen lassen, Strafantrag. Strafgericht wie Berufungsinstanz verurteilte den Angeklagten wegen vollendeten Betrugs. Es wurde zwar keine Schädigung der Firma angenommen, wohl aber eine solche des Bausbeamten. Dieser hätte doch stens drei Hemden bestellt, der Aufwand von 54 M. entsprach nicht seinen Vermögensverhältnissen, also sei er insofern an seinem Vertragen geschädigt worden. Hiermit habe der Angeklagte auch gerechtfertigt. In der Revision des Angeklagten wurde geltend gemacht, es liege überhaupt kein rechtsgültiges Geschäft vor, da die Frau, die mit ihrem Namen den Bestellzettel unterschrieb, nicht als geistlicher Vertreter ihres Ehemanns gelte. Im Zivilprozeß wurde die Firma niemals etwas gegen den Bausbeamten erreicht haben. Somit liege höchstens verdeckter Betrug vor. Das Rechtsmittel wurde verworfen. Die Vermögensschädigung wäre vom Vorderrichter in einwandfreier Weise festgestellt. Wenn auch an sich der Wert der Waren gleich hoch gewesen sein möge gegenüber der Verpflichtung, so lämen indessen noch die subjektiven Momente bei Abmessung des Schadens in Betracht. Die Bestellung war nach den Vermögensverhältnissen des Bausbeamten zu groß, es trat also eine Verlängerung ein, die seinen Vermögensverhältnissen nicht entsprach. Deshalb liege auch nicht verdeckter, sondern vollenderter Betrug vor. Die Frau sei vermöge der ihr zufindenden Schlüsselgewalt sehr wohl in der Lage, Bestellungen mit für den Ehemann verbindlicher Rechtswirkung aufzugeben.

Eine rührende Geschichte

wird in bürgerlichen Blättern folgendermaßen erzählt: "Der vor einiger Zeit unter dem Verdachte des Kreditbetrugs in Untersuchungshaft genommene Landgerichtsrat am Dresdner Landgericht, Dr. jur. Snell, ist, wie die Untersuchung bis jetzt ergeben hat, einer amerikanischen Abenteuerin zum Opfer gefallen. Er lernte, als er der deutschen Postkasse in Washington als Legationssekretär zugestellt war, im Dollarland eine Dame kennen, die in der amerikanischen Gesellschaft infolge ihres Aufreisens und ihrer Geldverschwendungen allgemeines Aufsehen erregte. Es hielt sie habe von einem Chilagoer Großschlächter eine Million Dollar erhalten und werde später die alleinige Erbin jenes Großschädlers werden. Diese Geschichte hatte aber die schwane Amerikanerin selbst verbreitet, um zunächst in Amerika ihren Kredit zu erhöhen und zweitens eine gute Partie zu machen. Sie trat also dann zu dem verhafteten Dresdner Landgerichtsrat Dr. Snell in Beziehung. Der hatte auch die Absicht, die Abenteuerin zu beraten und mit ihr nach Deutschland zurückzufahren. Sie hatte den ahnungslosen Deutschen bereits dorthin umstritten, daß er vollständig unter dem Einfluß der Amerikanerin stand. Nachdem die Abenteuerin ihre eigenen Vermittel vergedient hatte und ihr Glück auch ohne Erfolg an verhüllten Spielbanken in Monte Carlo und Côte d'Azur verschloß, wußte sie Landgerichtsrat Dr. Snell zu bestimmen, ihr nicht nur sein eigenes Vermögen zu opfern, sondern ihr auch noch außerdem Blankschecke auszustellen, wovon die Abenteuerin den denkbar größten Gebrauch machte, so daß Dr. Snell schließlich, als das Kartenspiel der Amerikanerin zusammenbrach, annähernd 50 000 M. beglichen mußte, und um dies zu ermöglichen und nicht aus dem Staatsdienst entfernt zu werden, setzte sich der Landgerichtsrat mit Bucherern in Verbindung. Infolgedessen zieht die Untersuchung noch weitere Kreise und ist auf eine Reihe von Darlehnsgebern ausgedehnt worden, die bis zu 60 Prog. Bucherzinsen eingestellt haben sollen. Die amerikanische Abenteuerin ist von der Bildfläche spurlos verschwunden." — Der arme „ahnungslose“ Mann.

Mit „Sozialdemokratischer“ Wirtschaft unterhält der Dresdner Anzeiger wieder einmal seine Leser nach der Art des Mannes, der die Glocken läutet, aber nicht weiß, wo sie hängen. Die Veranlassung zu seiner Reichsverbandsnotiz gibt dem Blatte ein Urteil über eine Sitzung der Berliner Gewerkschaftskommission, in der man sich mit dem Berliner Gewerkschaftshaus beschäftigt und beschlossen hat, die Beiträge für das Unternehmen zu erhöhen. Einige Aeußerungen werden zum Vorwand für Redereien genommen, die von Sachsenhausen in seiner Weise getrieben sind. Wir wollen dem Ratsblatt nur ganz kurz erwidern, daß sich die Gewerkschaftshäuser sicher glänzend rentieren würden, wenn den Säulen dieselben hohen Preise für die Speisen, Getränke usw. abgenommen würden, wie in anderen Gasthäusern, und wenn das Personal so miserabel bezahlt

würde wie dort. Vielleicht bemüht sich der Anzeiger einmal nach der Richtung hin Vergleiche anzustellen.

Vorschriften für den Straßenverkehr.

Amtlich wird darüber in bezug auf die elektrische Straßenbahn folgendes bekannt gemacht: Alle Geschäftsführer, Reiter, Bichtreiber, Radfahrer und Kraftwagenfahrer sowie Fußgänger haben beim Herannahen von entgegenkommenden oder nachfolgenden oder ihre Fahrtrichtung freizegenden Straßenbahnmassen die Gleise so weit frei zu lassen oder Schleunigkof vollständig frei zu geben, daß die Straßenbahnen ohne jeden Aufenthalts und ohne Gefahr vorbeifahren können. Beim Vorbeifahren an Haltestellen der Straßenbahn haben alle Geschäftsführer, Radfahrer, Kraftwagenfahrer, Reiter und Bichtreiber die nötige Rücksicht auf die auf- und absteigenden Fahrgäste zu nehmen und ihren Verkehr jedenfalls so einzurichten, daß eine Gefährdung der Auf- und Absteigenden vermieden wird. Im Schrift fahrende Wagen sollen nicht innerhalb der Straßenbahngleise fahren, wenn sie rechtsseitig neben diesen, in der Richtung ihrer Fahrt gesehen, auf der Fahrbahn noch genügend Platz finden, um dort ungestört vom Straßenbahnverkehr ausfahren zu können. Diese Vorschrift ist sinngemäß auch auf Reiter sowie auf Treiber von Vieh und Kübeln von Wieden und anderen Tieren anzuwenden. Unter allen Umständen ist es verboten, Fuhrwerke irgendwelcher Art ohne Rücksicht auf oder so dicht neben den Bahngleisen stehen zu lassen, daß sie von Wagenfängen gestreift werden können. Das Auf- und Abladen von Gütern, das Lagern von Holz, Kohlen, Steinen und sonstigen den Betrieb der Straßenbahn behindernden Gegenständen auf dem Straßenbahnhof während des Straßenbahnbetriebes ist verboten, soweit nicht bei zweigliedrigen Straßen im besondern halb Ausnahmen zugelassen sind. Es ist verboten, Kinder auf Bahngleisen oder in deren unmittelbarer Nähe spielen zu lassen.

Arbeitsnachweis für das Gastgewerbe.

Die seit dem 1. März dem Centralarbeitsnachweis angeschlossene Fachabteilung für das Gastgewerbe hat in dem kurzen Zeitraum ihres Bestehens eine interessante Entwicklung des Betriebsbetriebes, der für eine Chemnitzer Firma tätig war, suchte Ende Oktober 1911 den Bausbeamten M. in B. zur Bestellung von Trödelwaren zu veranlassen. M. hatte keine rechte Lust, stellte aber schließlich doch einen Auftrag in Aussicht und erwiderte den Reisenden, am folgenden Tage wiederzukommen. Als dieser tags darauf wiederkam, traf er nur die Frau an, der er vorläufige, die Mann habe ihm schon einen Auftrag erteilt, sie solle sich nur nach Ruster und Stoff aussuchen und den Bestellzettel unterdrücken. Die Frau glaubte dies und unterschrieb den Bestellzettel, der auf sechs Hemden a 9 M. lautete. Als der Bausbeamte später die Annahme der Sendung verweigerte, stellte die Firma gegen den Reisenden, der sich die Provision für den Auftrag schon im voraus hatte auszahlen lassen, Strafantrag. Strafgericht wie Berufungsinstanz verurteilte den Angeklagten wegen vollendeten Betrugs. Es wurde zwar keine Schädigung der Firma angenommen, wohl aber eine solche des Bausbeamten. Dieser hätte doch stens drei Hemden bestellt, der Aufwand von 54 M. entsprach nicht seinen Vermögensverhältnissen, also sei er insofern an seinem Vertragen geschädigt worden. Hiermit habe der Angeklagte auch gerechtfertigt. In der Revision des Angeklagten wurde geltend gemacht, es liege überhaupt kein rechtsgültiges Geschäft vor, da die Frau, die mit ihrem Namen den Bestellzettel unterschrieb, nicht als geistlicher Vertreter ihres Ehemanns gelte. Im Zivilprozeß wurde die Firma niemals etwas gegen den Bausbeamten erreicht haben. Somit liege höchstens verdeckter Betrug vor. Das Rechtsmittel wurde verworfen. Die Vermögensschädigung wäre vom Vorderrichter in einwandfreier Weise festgestellt. Wenn auch an sich der Wert der Waren gleich hoch gewesen sein möge gegenüber der Verpflichtung, so lämen indessen noch die subjektiven Momente bei Abmessung des Schadens in Betracht. Die Bestellung war nach den Vermögensverhältnissen des Bausbeamten zu groß, es trat also eine Verlängerung ein, die seinen Vermögensverhältnissen nicht entsprach. Deshalb liege auch nicht verdeckter, sondern vollenderter Betrug vor. Die Frau sei vermöge der ihr zufindenden Schlüsselgewalt sehr wohl in der Lage, Bestellungen mit für den Ehemann verbindlicher Rechtswirkung aufzugeben.

Die weibliche Abteilung weist einen Bestand von 38 Aufträgen auf, denen 218 Stellenbesetzungen gegenüberstehen. Beiträgen wie die einzelnen Berufsgruppen innerhalb der Vermittlung, so nehmen auch hier die Auszubildenden mit 122 besetzten Stellen die männliche Abteilung die Auszubildenden mit 360 Aufträgen und 364 Besetzungen überwiegen. Die dann folgende zahlreiche Stärke der Berufsgruppe bilden die Hausdiener, in der 145 Aufträgen und 61 Besetzungen gehäuft wurden. Ohne Stellen für Kellner gingen 95 ein, von denen es gelang 37 zu besiegen. Auf die Kochen entfielen 44 Aufträge und 12 Besetzungen, während die Dienstleister mit 17 Aufträgen und 8 Besetzungen an den Gesamtvermittlungsergebnis der männlichen Abteilung beteiligt waren. Von den 502 Besetzungen entfallen 83 auf auswärts.

Die weibliche Abteilung weist einen Bestand von 38 Aufträgen auf, denen 218 Stellenbesetzungen gegenüberstehen. Beiträgen wie die einzelnen Berufsgruppen innerhalb der Vermittlung, so nehmen auch hier die Auszubildenden mit 122 besetzten Stellen bei 122 Aufträgen den ersten Platz ein. In 145 Aufträgen für Auszubildende gingen 104 ein, von denen 65 erledigt wurden. Von 85 Aufträgen für Auszubildende wurden 18 befreit, von 58 Auszubildenden 18. Der große Mangel an Haus- und Herdmädchen, der sich in Dresden außerordentlich fühlbar macht, steigerte die Nachfrage auf 217 Aufträge, von denen nur 10 befreit werden konnten. Von den gesuchten Vermittlungen entfallen 15 auf auswärtige Stellen. Die Einnahmen beliefen sich auf 1525 M., während die Ausgaben, in denen ein hoher Vertrag an Gründungskosten enthalten, 1400 M. betrugen.

Ein Meteor wurde am ersten Feiertag abends kurz nach 7 Uhr bei noch lichtem Himmel beobachtet. Wie eine grüne Augel zog es in der Richtung von West nach Südost dahin, einen gelbroten splitterhaften Schwanz hinterlassend.

Neuer. In einem Nebenraume des Imperial-Kinos, Motivstraße, brach am 2. Feiertag nachmittag ein Brand aus, der von der Feuerwehr bald gelöscht wurde. Der Kinobetrieb wurde nicht gefährdet. — Am zweiten Feiertag, nachmittags 2 Uhr, brannte in Vorstadt Sicherlinie die dem ehemaligen Gemeindevorstand Winter gebürtige Scheune vollständig nieder. Innerhalb einer Stunde war die zurzeit leere Scheune nur noch ein Trümmerhaufen. — Ein Stellbau des Dianaabaus an der Bürgerweide entstand Sonntag früh, vermutlich durch Selbstzündung von Britetts, ein Brand, der die Durchkonstruktion ergreift. Die Feuerwehr arbeitete zwei Stunden um die Beseitigung der Gefahr.

Bergst. In einem Grundstück der Helmholzstraße stand man am ersten Feiertage ein durch Leuchtgasvergütung bewohntes Dienstmausen auf. Die zur Rettung herbeigerufene Feuerwehrabteilung stellte mittels Sauerstoffapparates Wiederbelebungsverfahren an, die jedoch erfolglos blieben.

Gündlung von Pländern. Die bei Leibnits-Hauptstelle zu Dresden-Neustadt aufgenommenen Darlehen, deren Rückzahlungsaufschluss in den Monaten Dezember 1911 und Januar 1912 abgelaufen ist, sind bis zum 10. April zurückzuzahlen oder zu verlängern, andernfalls werden die verpfändeten Wertpapiere an ein kleines Bankhaus verkauft, die Einlagen der verpfändeten Sparkassenbücher samt Zinsen erhoben und die übrigen Pländer (Wagen, Schmiedelachen, goldene und silberne Gegenstände, Bettw. Wäsche usw.) vom 22. April an versteigert.

Stiftungs-Verzeichnis. Der Rat hat ein Verzeichnis sämlicher unter seiner Verwaltung stehenden Stiftungen und Zweckvermögen, nach ihrer Zweckbestimmung gegliedert in Gruppen und Unterabteilungen, im Druck erscheinen lassen. Das Verzeichnis ist zum Preis von 50 Pf. bei der Verkaufsstelle für Ortsgerichte usw. — neues Rathaus, Eingang Kreuzstr. 8, 1. Obergeschoss, Stalle — läufig.

Eine Karte von Hinterhermsdorf und Umgebung ist im Verlag von Steinhold u. Söhne erschienen. Sie ist für

und in vier Farben hergestellt und ist ein vorzügliches Orientierungsmittel für das herrliche Schleusengebiet. Der Preis beträgt 1 M.

Der Sozialdemokratische Verein Dresden-Alstadt veranstaltete am ersten Osterfeiertag im Künstlerpalast einen Familienabend, der sehr gut besucht war. Später kommende Tennen leider nicht mehr Eintritt finden, da ausgesucht an dem Tag die Galerien von der Baupolizei geöffnet waren. An den Aufgängen hingen Plakate, auf denen zu lesen war: "Wegen baupolizeilicher Veränderung sind die Galerien gesperrt. A. Lorenz."

Vermischte Nachrichten. Am ersten Osterfeiertag nachmittags ist auf dem Treppenaufgang des Hauses Christianstraße 29 der Leichnam eines neu geborenen Kindes weiblichen Geschlechts aufgefunden worden. Der Leichnam war zunächst in einem weichen Kleid mit Schleife und Spangenbrosche, Monogramm M. R., einer weißen Baudenbachstange mit Spangenbrosche, zwei weißen Goldschmieden mit gemusterten Stäben, eins davon mit A. v. S. und das zweite mit "Stern" gestiftet, eingehüllt. Die äußere Umhüllung bestand aus einer Zeitung, Berliner Morgenpost vom 30. 1. 1912, Dresdner Neueste Nachrichten Nr. 93 vom 7. 4. 1912 und einem Vogen Papier, auf einer Drogerie kummend, Firmenbezeichnung fehlt. Mitteilungen, die zur Ermittlung der Kindesmutter oder des Eigentümers der erzähnlichen Umhüllungen führen könnten, erbrachte die Kriminalabteilung. Die Wäscheflächen liegen im Schaukasten des Hauptpolizeigebäudes zur Ansicht aus. — Ein Vogelzuggehölz im Großen Garten ist durch den Director desselben angelegt worden. Es liegt in der Nähe der Pfarrkirche und umfasst einen Flächenraum von ungefähr 500 Quadratmetern. Das Gehölz besteht nunmehr drei Jahre und soll im nächsten Jahre zum ersten Male verzweigen, damit sich das Vogelzugfeld noch dichter gestalten, um den Vogeln einen möglichst großen Schutz zu gewähren. — Die Einwohnerzahl von Dresden wurde am 1. März auf 506 200 geschätzt.

Aus der Umgebung.

Stetsch. In der hiesigen Ortsansammlung erschwindete ein Unbekannt am Sonnabend vormittag von einem zehnjährigen Mädchen, das Krankengeld erheben wollte, den Betrag von 6 M. Er nahm dem Kind den Krankenschein, ließ sich damit den Betrag anweisen und erhob dann das Geld an der Kasse, nachdem er die Quittung falsch unterschrieben hatte. Die Angelegenheit wurde der Kriminalpolizei übergeben.

Potschappel. Mittwoch den 10. April, abends 7½ Uhr öffentliche Gemeinderatssitzung im Sitzungssaale des Rathauses. Aus der Tagesordnung: Vorlachen; Vertrag mit der Generaldirektion der Staatsbahnen; Neuwahl der Mitglieder des Ortschaftsausschusses für die staatliche Schlachtviehversicherung; Vorschlag des Finanzausschusses wegen Verteilung des Rentenaufwands für den Wasserleitungsbau auf die Burgwitzerstraße; Vorschlag des Verfassungsausschusses auf die Eingabe des Deutschen Nationalen Handlungsgesellschaftsverbandes wegen Errichtung einer Haushaltungsschule und Erlass eines Ortsgezuges.

Borsig. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, findet im Salhof öffentliche Gemeinderatssitzung statt. Die am vorigen Mittwoch angelegte Sitzung konnte wegen Beschlusshemmung nicht stattfinden.

Raufach. Läblich verunglückt ist am Ostermontag der bei dem Gussbetrieb beschäftigte Knecht Döring. Der Sturm warf ein Scheunentor mit großer Gewalt zu. Döring wurde von demselben so unglücklich getroffen, daß er einen Bruch des Unterseifers und eine Verlegung der Halschlagader erlitt, die seinen Tod herbeiführte.

Nadeau. Der Gemeinderat lehnte in seiner letzten Sitzung die Einführung der Städteordnung für mittlere und kleine Städte gegen drei Stimmen ab.

Bühlau. Am Ostermontagabend gegen Abend wurde hier in der Nähe des Restaurants zum Trompeter ein etwa dreijähriges Kind von einem Automobil umgerissen, doch trug es glücklicherweise nur leichtere Verletzungen davon. Den Chauffeur blühte seine Schuld treffen, da er nicht übermäßig schnell fuhr, und das Kind, hinter einem Wagen vortreffend, plötzlich über die Straße lief. Für Eltern kleiner Kinder müssen derartige Vorkommen sicher eine ernste Warnung sein, die Kinder nicht unbeaufsichtigt auf die Straße zu lassen. Die Bouvierstraße mit ihrem Automobil-, Straßenbahn- und Fußgängerdurchgangsverkehr ist kein Tunnelplatz für kleine Kinder und nicht immer gehen Unfälle so verhältnismäßig harmlos ab wie der obige.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Arbeitsnachweisfrage für das Hotelgewerbe in Dresden.

Um den Arbeitsnachweis wird hier immer noch ein heftiger Kampf zwischen Arbeitgeberverbund und Gehilfenorganisation geführt, und es ist infolge des hartnäckigen und dertifizierten Standpunktes der Arbeitgeberverbandsleitung auf eine baldige Einigung nach nicht zu reden, vielmehr dienen die beiden Anführungen ihres Führers folgen, nur die Leittragenden sind.

Aber all die angewandte Dungenkraft des Herrn Sch. in den Sitzungs- und Arbeitgeberverbandsversammlungen und empfohlenen Zeitschriften, wie man sich Arbeitgeber verschafft, vermochten es nicht, den größeren und derscheidenden Teil seiner Kollegen, von dem am 2. August vorherigen Jahres von uns erfassten Arbeitsnachweis davon abzuhalten, von uns Gehilfen zu befreien. Ist doch die Frequenz bei unserem Nachweis, bei den Arbeitsangeboten und besetzten Stellen, gegenüber dem durchweg gemeinsam geführten Innungsnachweis durch die Energie und den festen Willen der Kollegen um das Doppelte gestiegen. Selbst in den Wintermonaten bringt die Steigerung im Betriebsumfang den den zu besetzenden und besetzten Stellen bis zu 200 Proz., vielmehr Ende Oktober aus sozialistischen Gründen für die Wintermonate das Verbot des Umschauens usw. aufgehoben wurde.

Doch dieses geplante Verhältnis nicht im Interesse des Berufs liegt und dem Tarifabschluß nicht förderlich ist, wird wohl von einem Teil der Arbeitgeber selbst anerkannt, und verurteilen diese auch die Stellung ihres führenden Kollegen. Nur wagen sie es nicht, wegen des zu sündhaften Terrorismus, der in Arbeitgeberkreisen immer rücksichtsloser in verschiedener Form zur Anwendung kommt, darüber zu opponieren.

Das Ortsamt nahm am 13. November 1911 in einer Sitzung im Durchführung des § 11 des Reichsstaats Stellung und beschloß gegen eine Stimme:

Die jetzt bestehenden Verhältnisse des Arbeitsnachweises im Hotelgewerbe zu Dresden sind unbeständigen und werden dem § 11 des Reichsstaats nicht gerecht.

Das Ortsamt hält es für notwendig, daß die Errichtung eines partikulären Arbeitsnachweises von dem Arbeitgeberverbund und der Gehilfenorganisation in die Hände genommen wird. Die Organisationen haben ja dem Beschluß Stellung zu nehmen.

Am 5. Dezember 1911 wurde dem Vorsitzenden unsererseits die

Gemeinschaft zu weiteren diesbezüglichen Verhandlungen zur Kenntnis gegeben. Der Arbeitgeberverbund hat aber bis heutigen Tages überhaupt eine Antwort für unbeständig gehalten, wonit er nicht nur sein ablehnendes und tarifwidriges Verhalten dokumentiert, sondern er bringt dadurch zugleich eine Abmilderung des Ortsamtes zum Ausdruck.

Auf die am 6. Juli und 30. August 1911 eingereichten Beschwerden des Gehilfenausschusses an das Gewerbeamt B (für Innungsangelegenheiten) gegen das eigenmächtige Handeln des Vorstandes der Hotelabteilung, betreffs Arbeitsnachweis, wurde am 6. November der Abgelese und der Herr Innungsobobermeister Schimme gemeinsam davon in Kenntnis gezeigt:

„Doch die Aussichtsabrede der Gehilfene die Beachtung nicht bestätigt habe, soweit sie dahin geht, daß der Innungsvorstand das Hotel des Arbeitsnachweises gekündigt und von der Hotelierschance, Seilerstraße 3, nach der Reichsstraße 47, part. verlegt habe, ohne daß jabor dem Ausschuss für Gehilfen und Herbergswesen und der Innungsvorstandung dazu Stellung genommen warden sel.“

Und wiewohl man aus der 21 Seiten starken Verteidigungschrift des Herrn Obermeisters Schimme alle die Behauptungen gegen die Gehilfen, wenn sie auch nicht immer den Tatsachen entsprechen, als feststehend erachtet und das Vorgehen des Innungsvorstandes in weitgehender Weise entschuldigt, heißt es weiter:

„So blieben doch die Beschlüsse und Maßnahmen des Innungsvorstandes trotz ihrer nachträglichen Billigung im Ausschuss für Gehilfen und Herbergswesen (3 Arbeitgeber und 2 Gehilfen?) und in der Innungsvorstandung statutenwidrig.“

Hier wurde es dem Herrn Ober wieder einmal von ganz einwandfreier Seite gefragt, daß sein Handeln der Gehilfenschaft gegenüber unbedingt und gesetzwidrig ist, sowie, daß er auch diese zu respektieren hat. Unfere im August 1911 getroffenen Maßnahmen gegen jene Wölfe sind um so berechtigter. Es war unsere Pflicht, so zu handeln, wollten wir auf unser Rechtrederecht bei der Arbeitsnachweisung nicht vollständig verzichten. Am 12. März 1912 nahmen die Gehilfen Dresden in einer gut besuchten Versammlung einen neuen Stellung und beschlossen, bei geheimer Abstimmung, nahezu einstimmig:

„Auch in diesem Jahre wieder den Kampf um die Arbeitsnachweisung mit aller Energie und den uns zu Gebote stehenden Mitteln durchzuführen. Die geplante Vermittlungsschule des Herrn Schimme, Seilerstraße 47, ist streng zu verbieten. Arbeitssuchsuche durch Umstehen oder Annoncen, desgleichen das Schilderborgenlassen ist verboten. Nur durch den Verbandsnachweis, Restaurant Klosterkirche, Ostergasse, Ede Seilerstraße, und Arbeitsangebote anzunehmen.“ (Geschäftsstelle derselbe vormittags von 8 bis 9 Uhr, abends von 7 bis 8 Uhr, und Sonntags vormittags von 11 bis 12 Uhr.)

Jeder Vertriebskatalog, der Anspruch erhebt, sich und der Allgemeinheit zu dienen, muß diesen Beschuß beachten und streng danach handeln. Jeder Vertrag ist im Arbeitsnachweis oder im Verbandsbüro zu melden.

Wir appellieren aber auch an die gesamte organisierte Arbeiterschaft um ihre volle Sympathie in diesem und aufgedrungenen Kampf.

Die Verbandsleitung.

Hotels.

Achtung, Gehilfearbeiter!

Bei der Firma Niedermann, Lad- und Habenabteilung in Coswig, sind die Arbeiter in den Stufen getreten. Die Firma sucht durch ihr Stoffkontor, Goldauer Straße 52, Arbeitssuchende. Wer Annahme von Arbeit wird dringend gewünscht. Die Verwaltung,

Dresdner Hoteliers und die gesetzlichen Bestimmungen.

Der § 53 des Kranken- und der § 142 des Invalidenversicherungsgesetzes deklarieren, daß der Arbeitgeber die aus den Arbeitnehmern entfallenden Beiträge nur vom Lohn abziehen darf. Ein großer Teil Hotel- und Gaststättenbetriebe ist aber (was an und für sich schon gegen die guten Sitten verstößt) ohne Lohn angestellt und nur auf die Größe des Publikums angewiesen. Das Publikum selbst weiß dies in den teuersten Höllen und ist ganz erschaut, wenn es davon Kenntnis erhält. Durch die Auflösungsarbeiten der Organisation kann verhindert werden, daß die Hotelier im Hotel Hohenholzern Hof, die von Ihnen schon jahrelang zu Unrecht bezahlten Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge weiter zu zahlen. Der Inhaber, Herr Hotelier Dresel, ging darauf flagbar gegen die Hotelier beim Amtsgericht vor; nachdem die Sache dreimal vertragt worden war, zog Herr Dresel die Klage zurück.

Während nun die Sache beim Amtsgericht lag und die Herren Hotelier ebenfalls schon von vorherher das Rechtlose ihres Vorwurfs einsehen, verliefen sie auf andere Art und Weise die ohnehin schon Angestellten zur Zahlung der Versicherungsbeiträge zu zwingen, was nachfolgend uns auf den Scheidetisch geslogenes Schreiben beweist:

Dresden, den 18. Februar 1912.

M. A.

Paul Betschlag einer Versammlung des Internationalen Hotelbesitzervereins in Dresden am 14. Februar d. J. im Hotel Bellevue werden Sie hiermit erlaubt, nachstehendem Beschuß beizutreten und mit zu unterzeichnen.

Die Unterzeichneten verpflichten sich, keine Hausschlüsse zu engagieren, welche Ihre Stellung wegen Kranken- und Invalidenversicherungsverträgen verlassen haben oder dieserfalls entlassen worden sind.

Gez.: Georg Dresel, Hohenholzern-Hof; Willi. Ruschkin, Hotel Berlin; C. Schellbach, Hotel de France; Karl Peter, Goldner Engel; Willi. Lindemann, Reichspost; Ernst Binder, Webers Hotel; Heinrich Voß, Hotel Eulinger; A. Beder, Grand Union; Hans Gontard, Hoherbisch; Friederich Kühn, Westminister; E. Pöhl, Continental; Emil Kubold, Monopol-Lettman; Herm. Voigt, Bindorf; Alfred Bischl, Hotel zu Nord; Ed. Berger, Stadt Berlin; Bruno Böhl, Deutsches Haus; Ronnefeld, Hotel Bellevue; August Högl, Stadt Gotha; Willi. Heinz, Regina und Semmerlinge in Görlitz bei Königsberg a. d. O.; Max Schlegel, Hotel de Sage; Rudolf Sendig, Europäische Hof; Otto Heileser, Imperial; Herm. Heine, Kaiserhof.

Die betreffenden Hoteliers haben durch Stempelausdruck das Schreiben gezeichnet.

Der Stand zu diesem Vorgehen ist erschlich genug. Man will den Hotelier, welche sich nicht beobachtungsfrei den ungerechten Verhältnissen des Hoteliers unterwerfen, die weitere Arbeitgelegenheit nehmen. Als ein vollständiges Schwarze-Westenskut, womit man die Hotelier auszuhängen lassen will. Um ihren Verhältnissen mehr Nachdruck zu verleihen, sprach der betreffende Hotelier die Kündigung der Hotelier schriftlich aus, doch das nutzte dem Hotelier nichts. Die Hotelier ließen sich nicht einschüchtern und verließen die Stellung. Sie machten nun ihre bisher gezahlten Beiträge als Forderung beim Gewerbeamt geltend, dies wie die Hotelier ab, wünschte aber, daß sie zur prinzipiellen Entscheidung Verhältnis beim Landgericht einlegen.

An allein aber leben die Hotelierangestellten immer mehr und mehr, wie notwendig ist sie eine Organisation ist, welche die Interessen der Angestellten ohne Rücksichtnahme der Arbeitgeber zu wahren strebt. Dies ist die Aufgabe des Verbandes der Gastwirtschaftsleuten, Alzeyerstraße 4, 2. Etage.

Achtung, Gläserarbeiter!

In Brodowin bei Weizen hat die Direktion der Glasfabrikwerke den Arbeitern einen neuen Lohntarif angekündigt, der ganz bedeutende Verschlechterungen bringt; der Tarif soll zum 11. April in Kraft treten. Die Gläserarbeiter wollen zu den neuen Tarifbedingungen nicht arbeiten. Die Arbeitnehmer möchten Verhandlungen, doch läßt sich die Direktion nicht sprechen. Darauf würdigten die Arbeitnehmer den Tarif nicht. Am 2. April 1912 beschloß die Arbeitnehmer, die Tarifbedingungen zu nehmenden. Die Firma verteilte noch im vorherigen Jahre 8 Prozent Dividende.

Inland.

Die Errichtung des Matfieserfonds

wurde durch den sozialdemokratischen Parteitag in Leipzig im Jahre 1909 zur Unterstützung der wegen Teilnahme an der Matfieser Ausgabe verurteilten. Nach dem Urteil des Parteitages sollen die Mittel für den Matfieserfond durch freiwillige Beiträge und Sammlungen aufgebracht werden. Anstatt der freiwilligen Beiträge aber sind in Groß-Berlin obligatorische Beiträge für den Matfieserfond beschlossen worden. Die Berliner Gewerkschaften haben ihren Mitgliedern, welche am 1. Mai arbeiten, zur Bütte gemacht, mindestens 50 Pf. wenn es sich um männliche und 25 Pf. wenn es sich um weibliche Mitglieder handelt, zu diesem Fonds beizutragen. Die Parteiorganisation hat die Bütte vertraglich ihrer arbeitenden männlichen Mitglieder auf mindestens 1 M. der weiblichen auf mindestens 50 Pf. festgelegt. Die vorjährigen Sammlungen haben aber, wie früher im Vorjahr, in einer Sitzung der Berliner Gewerkschaftskommission mittele, nicht so viel eingebracht, daß die voraussichtlichen Kosten der Matfieserausgabe auch nur annähernd aus dem Fonds gedeckt werden könnten. 60 000 M. sind bei den Gewerkschaften eingetragen und 15 000 M. haben die Sammlungen der Partei ergeben. Dazu kommen noch 12 000 M. Überschüsse aus den seßhaften Versammlungen am 1. Mai. Da im vorherigen Jahre der Matfieserausgabe allein 68 000 M. Unterstützung an die Matfieserausgabe zu zahlen hatte, so kann der angekündigte Fonds auch nicht entlasten seiner Bevölkerung gerecht werden. Sollen die Verpflichtungen, welche Parteitag und Gewerkschaftskongress der Matfieserausgabe aufgelegt haben, erfüllt werden, dann darf entweder die Zahlung der Unterstützung erst nach der ersten Woche der Ausstellung beginnen, oder die Beitragsfeste zum Matfieserfond müssen erhöht werden. Wenn Unterstützung vom ersten Tage der Ausstellung an bezahlt wird, dann würden nach den bisherigen Erfahrungen 120–130 000 M. erforderlich sein. Diese Summe könnte aufgebracht werden, wenn die Vorschläge der Matfieserausgabe Annahme finden, welche dahin gehen: Alle am 1. Mai arbeitenden Männer und Frauen und Herbergswesen haben die Hälfte ihres Tages verdienstes an den Matfieserfond abzuzahlen. Diese Vorschläge wurden abgelehnt und die Berliner Gewerkschaftskommission hat mit großer Mehrheit beschlossen, daß die am 1. Mai arbeitenden Männer 50 Pf. zum Matfieserfond zu zahlen haben und daß die Unterstützung vom ersten Tage der Ausstellung an gewahrt wird.

Schababwegen.

Am 1. April sind in Bandenburg a. N. die Speditionsarbeiter und Frischfischer aus Südböhmen ausständig geworden. Es kommen nun 80 Mann in Betrieb. Die Unternehmer haben Höflinge der Korrektionsanstalten als Streikbrecher erhalten. Kochstellen des Gauleiters des Transportarbeiterverbandes beim Amtshauptmann erfolgt; der Director des Strafanstalt lehnte es ab, die Deute zurückzugeben.

Die Handzettelgäste vom Bischheim, Höchheim, Süssfeld, Eichelsheim (Württ.) stehen seit dem 2. April im Strell. Sie leben in Dettingen kommenden Unternehmer gaben im vorherigen Jahrzehnt einer Zahnbehandlung den Arbeitern das Versprechen, im Herbst 1911 einen Tarifvertrag abzuschließen. Das Versprechen wurde nicht gehalten und nun verlangen die Arbeiter, daß es erfüllt werden soll. Ausständig sind jetzt 100 Arbeiter. Die italienischen Arbeiter haben sich zum größten Teil füllbarisch erklärt.

Parteiangelegenheiten.

Aus Stuttgart.

Genossen W. Neil veröffentlicht im Vorwärts eine Erklärung, in der er die in der Stuttgarter Parteiversammlung gegebenen Darstellungen über Wirkarbeit an einem bürgerlichen Korrektionsbüro durch ihn für eine große Unnachahmlichkeit erklärt, die von ihrem Urheber wider besseres Wissen aufgestellt worden sei.

In dem Stuttgarter Parteiblatt veröffentlicht der Landesvorstand eine Erklärung, in der gleichfalls festgestellt wird, daß die Darstellung bezeichneten Vorwürfe mit der Wahrheit in schroffstem Widerspruch steht. Die Art, heißt es in der Erklärung, wie einzelne Parteigenossen angegriffen worden seien, sei bis jetzt nicht erreicht worden. Der Landesvorstand hat beschlossen, auf den nächsten Sonntag eine Konferenz der zuständigen Parteiinstanzen einzuberufen, zu der auch die angegriffenen Genossen eingeladen worden sind.

Die Parteiangelegenheiten im Regierungsbezirk Magdeburg.

Die früheren Gemeinderatssitzungen hatten infolge der sozialdemokratischen Verarbeitung in fast allen Orten eine lebhafte Beteiligung und brachten ein Steigen der sozialdemokratischen Stimmenzahlen. Die zu verdeckten Mandate wurden ausnahmslos behauptet und 15 neue hinzugezogen. In einer Reihe von Orten übertrafen die Genossen der Sozialdemokratie komplett das Feld. In den meisten anderen Orten liegten unsere Genossen mit großen Mehrheiten. Einige Orte sind darunter, in denen zum ersten Mal ein Sozialdemokrat in das Gemeinderatssamt gewählt wurde, wo noch zu beweisen ist, daß unsere Zusammenstellung kaum Anspruch auf absolute Vollständigkeit erheben kann.

Bericht der Parteitage.

Infolge des Bergarbeiterstreiks und der dadurch verursachten Desorganisation des Eisenbahnbetriebs sind die Jahreskonferenzen der P. S. B. und der B. S. B. (die durch die Vereinigung der S. L. P. mit einer unabhängigen sozialen Organisationen und einiger Gruppen der P. S. B. entstanden) neue sozialistische Partei, die während der Osterfeiertage stattfinden sollten, auf Pfingsten vertagt worden. Die Konferenz der P. S. B. findet in Wettby (Tidöby) (Wales), die der B. S. B. in Manchester statt.

Soziales.

Schuldblose Kinder ins Gefängnis.

Soziales.

An die Vorstände der freien Hilfsklassen!

Unter den Vorständen der freien Hilfsklassen herrscht noch vielfach Meinungsverschiedenheit darüber, ob es schon jetzt an der Zeit ist, die Änderungen des Statuts nach dem neuen Recht anzunehmen. Um dem zu begegnen, hat die auf dem Kongress der freien Hilfsklassen zur Wahrung der Interessen der Hilfsklassen gewählte Kommission an die Vorstände ein Bittschreiben gerichtet, aus dem wir entnehmen, daß diese Kommission mit dem Aufsichtsamt für Privatversicherung über einzelne bedeutsame Fragen verhandelt und Einigkeiten zum zugestellt erhalten hat. Voraussichtlich läßt sie im Krankenkassenwesen der neue gesetzliche Zustand erst am 1. Januar 1914 in vollem Umfange in Kraft treten, so daß die Kostenzeit genug haben, sich darauf einzurichten. Schon jetzt das Gesetz nach dem neuen Recht umzustalten und zur Genehmigung einzurichten, sei zwecklos, weil das Aufsichtsamt jetzt ganz zuständig ist, wenn die Aufhebung des Hilfsklassengesetzes in Kraft getreten sein wird.

Die betreffende Kommission empfiehlt deshalb, daß diejenigen Kosten, bei denen die Abhaltung einer Generalversammlung mit Schwierigkeiten und großen Kosten verbunden ist, vorläufig von der Abhaltung einer solchen abschonen möchten. Die Kommission wird auch Rücksichtnahmen ausarbeiten und die Kosten können solche zu gegebener Zeit auf Wunsch erledigt werden. Auch wird die Kommission, sobald Veranlassung dazu liegt, weitere Mitteilungen an die Kassenvorstände geben lassen.

Veranstaltungen.

Aufsichtsamt für Privatversicherung. Am 28. März fand die regelmäßige Versammlung statt, in der Landtagssäle. Genosse Grähdorff hielt das Thema: Sind in Sachsen Landkrankenkassen eben allgemeine Ortskrankenkassen zu errichten? Die Frage der Errichtung von Landkrankenkassen ist jetzt insoweit absehbar geworden, als die gesetzlichen sozialpolitischen Maßnahmen sozialpolitisch in Erreichung treten. Auf Grund des § 327 der Reichsversicherungsordnung sei den Bundesstaaten die Befugnis erteilt worden, nach den Verhältnissen Landkrankenkassen zu errichten. In Sachsen ist dies durch Gesetzen bestimmt worden, daß dasselbe von seiner Gemeinde Landkrankenkassen errichtet werden dürfen. Wie allgemein bekannt, sei eine einheitliche Versicherung in Deutschland nicht erreicht worden. Gemeindekrankenkassen werden aufgehoben, die Betriebskrankenkassen ließen bestehen, die Immunitätskrankenkassen können mit jeder beständigen Zahl der bei ihr versicherten Personen weiter bestehen bleiben usw. Durch die Reichsversicherungsordnung sei die Krankenversicherung nicht mehr bestimmt, als der Siedlerzettel, um es sich darre, und man spricht das Siedlerzettel bestimmt und es am Leben kann der wichtigste Vorrat im Landkreis. Dann bestätigt der Siedlerzettel.

versicherungspflicht nicht bloß auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, sondern auch auf die Dienstboten, auf das Wandergewerbe und die handgewerbeleidenden Personen ausgedehnt worden. Um nun den Kreisverordnungen und jüngst die Sache etwas schwachstellen zu machen, hat man die Landkrankenkassen im Vorschlag gebracht. Es können demgemäß neben den Ortsklassen auch noch Landkrankenkassen errichtet werden. Es könnte es geschehen, daß neben den Ortsklassen in Dresden auch noch eine Landkrankenkasse errichtet würde. Wir alle haben ein Interesse daran, daß keine weitere Berücksichtigung in dieser Sache eintritt und daß die Gründung von Landkrankenkassen unterbleibt. Die Landkrankenkassen werden nur eine jämmerliche Karriere dastehen und sind nur darauf zugestimmt, daß die Arbeitgeber nicht zu hohe Beiträge zu bezahlen brauchen. Wer kommt nun alles in die Landkrankenkassen hinein? Gerade diese Verhältnisse ergeben schlechte Bilanzen. Wollte man doch sonst sein, so könnte man vom Kostenpunkt aus die Errichtung von Landkrankenkassen nur wünschen. Aber von sozialpolitischen Gesichtspunkten aus müssen wir uns entschieden dagegen wehren. Nun zu den Verletzungen und Leistungen: So sehr man auch in den Ortskrankenkassen die Rechte der Versicherten geschmälert hat, sind dieselben doch weit ärgerlich gestellt als in den errichtenden Landkrankenkassen. Die Regierung hat nicht einmal den Willen, mit der Sprache herauszugehen. Wir werden von Ihnen langen, daß sie sich überaus ausspricht. Auch wird man dann sehen, wie sich die bürgerlichen Parteien dazu stellen werden. Wir wollen nicht, daß der Landarbeiter als Mensch zweiter Klasse behandelt wird. Es wird in den Landkrankenkassen nur ein Schlingenspiel von Vertretern der Versicherten geschaffen werden, wenn, wie es hier geschehen soll, die Gemeindeverbände die Vertreter der Versicherten zu bestimmen haben. Auch die Leistungen sind nicht gleichwertig wie in den Ortsklassen. Bei den Ortsklassen wird der Grundlohn, also der wirkliche Lohn, zugrunde gelegt, bei den Landkrankenkassen legt man abgesehen nur den Ortslohn zugrunde. Nach § 424 kann weiter ausgeschlossen werden, daß für besondere Zeiten die Sätze der Leistungen auf 1/4 des Ortslohnes herabgesetzt werden können. Dasselbe gilt auch für Haushalte, Krankenhauskosten und Sterbegeld, letzteres kann bis auf 30 M. bemessen werden. Bei den Abnehmerinnenunterstützung hat man durchgesetzt, daß nicht wie bei den Ortsklassen acht Wochen, sondern nur vier Wochen Unterstützung geleistet wird. Auch die Arzthonorare werden in den Landkrankenkassen erhöht gefordert werden. Alle diese Zustände zeigen, wohin der Weg gehen soll. Die Errichtung von Landkrankenkassen bildet gewissermaßen eine Gefahr für die gesamte ländliche Arbeiterschaft. Nachdem zum Schlusse der Redner noch auf verschiedene Vorfälle hingewiesen, die die Zukunft auf dem Gebiete der Reichsversicherung bringen wird, weiß er darauf hin, daß mit einem Kreisjubiläum wegen der freien Arztwahl und Festlegung auf den Honorare der Ärzte zu rechnen sei. Sollte es soweit kommen, so werde es sich auch einmal gelingen, mit wie wenig Arzten in den Krankenkassen auszukommen sei. Die Ärzte werden die öffentliche Meinung nicht hinter sich haben. Die Krankenkassen kommen schon zurzeit den Ärzten in der unantastbaren Weise entgegen. Auch in Bezug auf das Aborthilfengesetz würden schärfere Konflikte mit entstehen. Die Krankenkassen seien zurzeit nicht auf Kosten gebettet. Wir werden uns aber zu richten suchen im Interesse der Allgemeinheit. Eine recht lebhafte Debatte im Sinne des Rezipienten hilft sich an die Ausführungen des Redners. Ein Antrag, eine Petition an die Staatsregierung zu richten, daß von der Errichtung von Landkrankenkassen Abstand genommen wird, wurde auf Vorschlag Grähdorffs (da die sozialdemokratische Fraktion somit Stellung zu dieser Frage nimmt) zurückgeworfen. Unter Vereinsangstgelegenheiten gab Genosse Steinbrück bekannt, daß Ende Mai oder Anfang Juni der Vorstand des

Vereins eine Partie nach dem Genesungshaus Gottschee beabsichtigt. Weiter werde zum 25. April Arbeitervorträge Müller-Berlin hier im Verein einen Vortrag halten. (Eing. 2/4.)

Verband der Gewerbegehilfen, Abteilung Hotelwirte. In der Monatsversammlung am 28. März wurden 7 Kollegen aufgenommen. Gegenüber Kollege Müller das Wort zur Berichterstattung vom Verbandsjahr. Nachdem er einen allgemeinen Situationsbericht gegeben, kam er auf die einzelnen Tagesordnungspunkte zu sprechen. Mit besonderer Bezugnahme nahm die Versammlung den Fortschritt unseres Verbandes, weiter den Beschluss der Arbeitslosenunterstützung sowie die Heraussetzung der Rassezeit der von einer niedrigeren in eine höhere Vertragsstufe rückenden Mitglieder auf 28 Wochen entgegen und brachte zum Ausdruck, daß sie mit dem Verlauf des Verbandsjahres einverstanden ist. Den Vögeln der Berliner Standortkollegen gegenüber der Hauptverwaltung konnte unsererseits nicht begegnet werden und wünschen wir, daß unsere dortigen Kollegen sich bald wieder zu der früher innen gehabten Höhe emporschwingen. Nachdem noch bekannt gegeben, daß die mindeste von unseren Kollegen gegen den Hotelier Dreßel, Hotel Hohenzollern-Hof auf dem Gewerbe- und Landwirtschaftsbildungsbeiträgen, in Summa 270 M., Montag den 1. April zur Erledigung gelangt, fand die Versammlung mit einem Hoch und einem weiteren Wachen und Gedanken unseres Verbandes ihr Ende. (Eing. 4/4.)

6. Kreis, Bezirk Dippoldiswalde. Am Sonnabend den 20. März fand im Schützenhaus eine Bezirksversammlung statt. Der Genosse Menzer hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über Weltanschauungen der Gegenwart. Genosse Lüdke gab den Vorstandsbereich, aus dem zu erkennen war, daß es immer vorwärts geht und daß unser Bezirk die größte Zusammensetzung aus Mitgliedern zu verzeichnen hat. Als Mitglied der Rettungskommission wurde Genosse Stankevicius gewählt. Zur Kreiskonferenz wurde der Genosse Reichelt delegiert. Unter Allgemeines regte Genosse Halm an, daß alle Genossen das Bürgerrecht und die ländliche Staatsangehörigkeit erwerben sollen. Es wurde hierzu ein Komitee gewählt, bestehend aus den Genossen Max Halm, Albert Schubert, Otto Böger, Fritz Meier und Ernst Schwaner. Genosse Halm erklärte noch, sowohl wie es ihm möglich sei, immer Berichte aus den Sitzungen der Stadtbürokratie zu geben. Es sei aber auch zu wünschen, daß die Sitzungen mehr von den Genossen besucht würden, da sie doch öffentlich seien. (Eing. 4/4.)

Briefkasten.

O. G. S. Die Anmeldung müssen Sie im Bureau, Volkshaus besorgen.

E. G. S. Marschstraße. Dieser Anspruch besteht zu recht, wenn Sie im Tagelohn beschäftigt wären.

A. M. Gebäudebaude. Schon der Vorgesetzte kann mit dem Eingesandten nicht aufnehmen. Vielleicht sprechen Sie einmal mit Genosse Tisch über die Sache.

= Victoria-Salon =

Sensationell! Ingenieur Bohles Wissenschaftlich! Fern-Lenkballon (System Parseval) und das neue, vielseitige April-Programm. Anfang 8 Uhr. Sonn- und Feiertags: 2 Vorstellungen. 4 u. 8 Uhr. Im Tunnel: Anfang 7. Uhr. Sonntags 5 Uhr.

Vorurteile

zu haben, ist nicht mehr zeitgemäß. Das geben Sie zu? — Und doch hegen Sie noch ein Vorurteil gegen Palmin?

Prüfen Sie Palmin, indem Sie einen Pfannkuchen damit backen — dann urteilen Sie! Ihr Vorurteil wird sich in Bewunderung verwandeln. Lassen Sie sich keine Nachahmungen aufdrängen!

**Unbeschreiblich Tolle
Sachcharme Malzkronen
mit Rosinen und Milch,
nun nur Ihren Kunden können
Milch nicht mehr mögen.**

Leise Oftall macht's!

Konfisziert gewesen

war die Sammlung politischer und sozialer Gedichte

„Von unten auf“

(Ein neues Buch der Freiheit)

gesammelt und gestaltet von Franz Diederich

Ausgabe in einem Band 5 Mark
Ausgabe in zwei Bänden à 3 Mk.

Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Dresden, Große Zwingergasse 14.

Rähnitz-Wilschdorf.

Bestellungen auf die Dresden Volkszeitung, Freien Stunden, Wahren Jakob, sowie künstliche Parteiliteratur, Interesse und Druckaufträge nimmt entgegen

Steinholz Reiter, Rähnitz, Bedestraße 18, pl.

= Auf Kredit! =

Möbel u. Polsterwaren

Herren- u. Damen-Konfektion

Kinderwagen

Wäsche + Federbetten

Anz. v. 8 M. Woche 1 M. an.

Kreditbank Miersch

Marienstr. 13, I. u. II.

gegenüber Drei Raben.

+ Damen +

empfiehlt nur beste hygien.

Artikel und wenden sich bei

Störung vertrauensvoll an

Frau Fröhlich,jet: Wallstr. 23.

Brill. Fahrtröder

Ladek. a. Sparal.

(und Zell.) Bill. bei M. Engel,

Dr.-Gruna, Zwingerstraße 22.

Frauen-

Tee!

abends 10. Pf. Satz 75 Pf.

Alle

Frauen-Artikel.

R. Freisleben

Postplatz.

Riesenauswahl in

Gardinen, Stores

Hilfen, Tragendarmst.

Körper, Spachtelkasten

und Gardinenresten

spottbillig bei

Kupfermann

Dresden, Pillnitzer Str. 14, I.

Kein Laden!

Frauen

gebrauchen bei Sitzungen

Perioden-Pulver

Schachtel 2.50 M. Prospekt gratis.

Frau Hennig, Am See 24.

Uhrenreinigen

1 M. Feder 75 Pf.

All.

H. Löffler

50 Wettiner-

Strasse 50.

Modern. Klappportwagen.

Nebettstiel, Kinderwas. Bill.

Wannehill. Frieder Str. 24, Eichwalde.

Geb. Sport - Liegewagen

billig zu verkaufen

G. Hermann, Bahnhofstr. 75, IV.

Cunni

waren H. Freisleben

Freiberger

8.

Modern. Klappportwagen.

Nebettstiel, Kinderwas. Bill.

zu verkaufen. Villenwohne. 8. parti.

Damenrad billig zu verkaufen

Schindauer Str. 75, p.

Gewissen-uhren

repar. Feder 75 Pf. Reiniger 1 M. nur

Drehgasse 1a, I. Etage.

Geboren erhielten:

Das neue Reichswert-

-zuwachs-Steuergesetz

vom 1. April 1911 und die

Stellung der Sozialdemokratie

zu ihm.

von Paul Göhr.

Preis 25 Pf.

Die Frauen und der

politische Kampf.

Von Paul Göhr.

Preis 20 Pf.

Die Schwierigkeit der Arbeiter,

ihre Ursachen, Häufigkeit und

Verhütung

von Prof. Dr. med. Th. Sommer-

sfeld, Berlin.

Preis 20 Pf.

Damenrad billig zu verkaufen

Schindauer Str. 75, p.

Gewissen-uhren

repar. Feder 75 Pf. Reiniger 1 M. nur

Drehgasse 1a, I. Etage.

Dresden-Cotta

Friedr. Korn, Bäckermeister.
M. Anke, Brot- u. Gebäckerei.
Arch. Goldschmidt, Frischkäseher.
O. Lindwitz, Brot, Weiß-, Käsekäse.
R. Hämer, Fleisch- u. Wurstw.
G. Hennig, Fleisch- u. Wurstw.
O. Kunath, Fleischher.

M. Stange, Fleischmeister.

Arthur Voigt, Holz, Kohlenhandl.
Fr. Häcker, Käseher.
H. Müller, Schuh- u. Wollw.
Stern-Drog.-Urt. Park, Wartespeise.
M. Hartmann, Fleisch, Fleischwaren.

Cigarren-Reinhardt

Schustermeier.
Friedr. Heber, Flaschenherig.
Rob. Behnrich, Fleischherig.

Bauer & Schramm

Kolonialwaren, Verkaufsst.
stellen. Auf all. War. S. Rabatt.
Bern. Höhnel Beste Bezugssquelle
für Schuhwaren.

G. Lonsing, Lederwarenhandlung

Erscheint 3 mal
wöchentlich.

**Erscheint 3 mal
wöchentlich.****Matrapas****Alkoholfreie Getränke****Bierbrauerei Matrasche****Wilhelm Kiesch, Filialestr.****Apotheken****A. Adler-Apotheke, Rosenstr. 1.**

Annen-Apotheke
Gärberbäcker, Brot, Ammonien.

Lieferant einer Krankenkasse.

Apothek zum Stoer + Ecke, Paulsstr. 1. Mühlestr. 1. und Krüppelstr. 1. Preis günstig.

Deut. Apothek. Rossmarkt 10.

Barbara-Apotheke, Rossmarkt 10.

Klosterstr. 2.

Eck-Apotheke, Rossmarkt 10.

Franz-Apotheke, Rossmarkt 10.

Hirsch-Apotheke, Rossmarkt 10.

Johannes-Apotheke, Rossmarkt 10.

Klosterstr. 2.

Leopold-Apotheke, Rossmarkt 10.

Paul-Apotheke, Rossmarkt 10.

P. Göttsche, Rossmarkt 10.

Ritter-Apotheke, Rossmarkt 10.

St. Anna-Apotheke, Rossmarkt 10.

W. Wachter-Apotheke, Rossmarkt 10.